Zeitschrift: Der Geschichtsfreund : Mitteilungen des Historischen Vereins Zentralschweiz

Herausgeber: Historischer Verein Zentralschweiz

Band: 91 (1936)

Artikel: Alois Reding : Landeshauptmann von Schwyz und erster Landammann der Helvetik

Autor: Wyss, H.A.

Kapitel: Reding als erster Landammann der Helvetik

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-118111

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Reding als erster Landammann der Helvetik.

Die Vorgeschichte des 18. Oktober.

Das Verfassungsprojekt von Malmaison 1801 schuf als oberstes Organ des helvetischen Staates das Amt des Landammanns. Der erste Landammann sah sich vor der Aufgabe, mit den zu einigenden Parteien das Verfassungswerk durchzuführen, wie auch mit kluger Mäßigung und Selbständigkeit das Wohlwollen und die Unterstützung Frankreichs zu gewinnen.

Daß dieses anspruchsvolle Amt auf Reding fallen sollte, war unvorhergesehen und weder im sachlichen Können, noch im persönlichen Streben des Kämpfers von Rothenturm begründet. Durch seinen militärischen Ruhm war er weitherum bekannt, in den Intrigen des Parteiwesens jedoch ein unerfahrener Neuling. Seinen Platz in Bern, als Mitglied der helvetischen Tagsatzung, hatte Reding nur unter starkem Widerspruch einnehmen können. Die Beschlüsse der Kantonaltagsatzungen von Schwyz, wie von Uri, in denen die Delegierten gewählt worden waren, sollten keine Geltung haben. Der eigentliche Grund war, daß diese Kantone den von den Unitariern in Bern vorgeschriebenen Eid des Gehorsams verweigerten.[1] Die gemäßigtere Richtung der Tagsatzung setzte schließlich sowohl für Reding wie für den Urner - Abgeordneten Müller Sitz und Stimme durch. Aber im Laufe der Verhandlungen mußten diese sehen, daß „unter der Zentralgewalt der Helvetik jede Spur ehemaliger Rechte und Volksfreiheit vernichtet wurde, was doch selbst der erste Konsul in seinem eigenen Plan vermieden hatte". Ihrem Beschluß, Bern zu verlassen, schloß sich auch der

[1] Vgl. für das Folgende: Rigert, Geschichte des Kanton Schwyz, Ms. VI. Band, S. 85 ff. Das franz. Kommando wollte den Wünschen der helvetischen Regierung nicht entsprechen, Truppen in die widerspenstigen Kantone zu schicken; daher blieb die Obstruktion von Schwyz und Altdorf erfolgreich.

Unterwaldner-Abgeordnete von Flüe an. Hierbei kam es zu einem peinlichen Auftritt zwischen dem drohenden Verninac und Reding, der sich jede Einmischung des französischen Gesandten verbat.[2] Sie legten bei ihrer Abreise folgende Erklärung bei der helvetischen Regierung nieder:

„Die Deputierten der drei Urstände Uri, Schwyz und Unterwalden an die übrigen Mitglieder der helv. Tagsatzung in Bern:

Zwischen Furcht und Hoffnung waren unsere Empfindungen geteilt, als wir Deputierte von unseren Kantonal-Tagsatzungen nach der helvetischen hinreisten, und da wir endlich nach einer kränkenden Zögerung in Eurer Mitte eingetreten, so glaubten wir, nach Wunsch und Pflicht zum allgemeinen Besten mitwirken zu können. Allein da in der Folge Grundsätze aufgestellt wurden und Annahme fanden, die in ihrem Geist und Sinn dem Wunsche und dem Bedürfnis unseres Volkes und unseren mitgegebenen Anleitungen ganz und gar widersprechen, so sehen wir uns gezwungen, zur Verwahrung unserer Ehre und zu unserer Sicherheit, wie auch zur Beibehaltung der öffentlichen Ruhe in die Mitte unserer Komittenten zurückzukehren und ihnen die wahre Lage der Sachen mitzuteilen. Und da wir für die Wohlfahrt unseres Volkes, solange wir seine Vorsteher sind, nach Pflicht und Auftrag wachen und sorgen wollen, so wollen wir die Rechte und Freiheiten unserer Kantone auf das feierlichste vorbehalten und verwahrt wissen, und verlangen und hoffen zuversichtlich, daß man mit Beschlüssen, Verordnungen und Maßnahmen jeder Art, die auf unsere Kantone einigen Bezug haben, einhalten werde, bis und so lange unsere Komittenten unsere Gesinnungen für die Zukunft werden geäußert haben.

Bern, den 9. Oktober 1801,

Müller, Alt Landammann,
Alois Reding,
Von Flüe, Abgesandter."[3]

Ihnen folgten 13 weitere Abgeordnete von der föderalistischen Richtung. Ein tiefer Riß zog sich durch die

[2] Abriß der Lebensgeschichte; ... Verninac sagte, im Bestreben, den Austritt der demokratischen Kantone aus der Tagsatzung zu verhindern, zu Reding: „Vous voulez donc partir? Eh bien, je vous rendrai responsable des suites de cette scission". Reding antwortete trocken: „Sachez, citoyen Ministre, que nous ne sommes responsables qu'à nos commettants, et jamais à un Ministre français."

[3] Rigert, 9. Kapitel, S. 87.

Tagsatzung „und eine Konstitution kam gegen Ende Oktober zur Geburt, welche, in vielen Stücken vom Malmaisonschen Projekte abweichend, den Kantonen gar keine Gewalt und Rechte überließ, sondern alle Macht und alle Einkünfte der Zentralregierung zusprach. Die Einheitler triumphierten und wählten nach Herzenslust lauter Häuptlinge ihrer Partei in ihren Senat". [4]

In der außerordentlichen Spannung hätten die Unitarier gerne zur Waffengewalt gegriffen; aber da kam den Föderalisten ein unverhoffter Umstand zu Hilfe: der General der französischen Besatzungstruppen, Montchoisy, schlug sich auf ihre Seite. [5] Er hatte schon Alois Reding und Müller getröstet: ihr Austritt aus der Tagsatzung sei verständlich; der erste Konsul wolle das Schweizervolk und nicht bloß „Magnaten der Revolution" glücklich und sich zugetan wissen. Aehnlich sprach er auch zu den dreizehn „der Zwingherrschaft" müden Föderalisten. Wie nun die Unitarier Truppen verlangten, — zur Besetzung der kleinen Kantone, zuerst von Nidwalden — und das verhaßte System mit den Bajonetten einzuführen gedachten, schlug Montchoisy es rundweg ab. Er nahm sogar einen Abgeordneten des Abtes von St. Gallen, der in Bern von den Patrioten verhaftet werden sollte, in seinen Schutz. „Er besuchte vorzugsweise die Gesellschaften der Patrizier und anderer Biedermänner, die das ältere Regierungssystem dem neuen helvetischen preferierten."

In ihrem methodischen Eifer ließen sich die Unitarier jedoch nicht beirren. Die fertiggestellte Verfassung wies jenen zugespitzten Zentralismus auf, von welchem Bonaparte seinerzeit nichts wissen wollte.

Mit Mißvergnügen stellte Bonaparte die Nichtachtung der Grundsätze von Malmaison fest; es brachte ihn weiter auf, daß die Stellung des Wallis in der neuen Verfassung

---

[4] Rigert, id. 9. Kapitel, S. 89.

[5] Rigert, S. 88.

keine den französischen Wünschen entsprechende Lösung fand. Außer ihm wollten sich auch weder die Föderalisten, noch die ganz unter dem Einfluß des französischen Gesandten stehende Partei der Patrioten mit dem neuen Zustand zufrieden geben. Das Mißvergnügen verbündete Föderalisten und Patrioten und setzte beiderseits die Hebel des Umsturzes in Bewegung. Er vollzog sich umso einfacher, als General Montchoisy, Befehlshaber der französischen Besatzungstruppen, den Föderalisten ohne Hehl Vorschub leistete. Sogar sein Haus stand den Verschwörern zur Verfügung. [6] Der „Patriot" Dolder eilte inzwischen als geschäftiger Mittelsmann zwischen den Föderalisten und dem französischen Gesandten Verninac hin und her. [7] Es schien ausgemacht, daß der Lohn für seine geschäftigen Dienste der Posten des Landammanns sein sollte, was der französische Gesandte durchblicken ließ.

Verninac,[8] seit dem Sommer 1801 außerordentlicher französischer Gesandter in Bern, vertrat die Interessen seines Landes mit ebensoviel Schlauheit wie Skrupellosigkeit. Der ehemalige königliche Kommissar war Jakobiner geworden und in die diplomatische Laufbahn eingetreten. Das Ministerium des Auswärtigen, das Leute seines Schlages gut gebrauchen konnte, schickte ihn nach Konstantinopel und Kopenhagen. In Bern bewies er seine diplomatische Fähigkeit dadurch, daß er jedermann über die wahren Absichten Frankreichs im Dunkeln ließ und es trefflich verstand, mit zweideutigen Erklärungen Unsicherheit und Besorgnisse zu verbreiten. Unter allen schweizerischen Politikern hatte er nur mit Dolder nähere Beziehungen, und selbst diesen Mann benutzte er nur als das fügsame Werkzeug der französischen Politik, für welche der Landammann Dolder später eine wertvolle Marionette wurde.

Die Häupter der Unitarier waren sich nicht im Unklaren über die drohende Gefahr. Da sie „bösen Geruch

---

[6] Rigert, id. S. 96.

[7] Ueber Dolder vgl. weiter unten, ferner Tillier II, S. 288. — A. Elmer, Dolder, Diss., Zch. — Dolder 1753—1807.

[8] Ueber Verninac vgl. Nouvelle Biographie Générale, Paris 1866, Bd. 46, Art. Verninac. — J. B. Dumas, Eloge Historique de Ray-

in ihren Nasen spürten", [9] dachten sie Dolder und einige andere zu verhaften. Zu ihrem Schrecken zog in der Nacht vom 27. auf den 28. Oktober die in französischem Sold stehende Auxiliarbrigade in Bern ein. Eine zahlreiche Bürgerwehr schloß sich ihr an, und die Unitarier mußten die machtpolitische Partie aufgeben, bevor sie begann.

In der Nacht der militärischen Besetzung Berns beschlossen die 13 ausgetretenen Mitglieder der Tagsatzung in einem bernischen Patrizierhaus:

„Weil die helvetische Tagsatzung nicht blos entgegen dem Gesetz ihrer Zusammenberufung sich in Abweichung von dem ihr zur Beratung vorgetragenen Entwurf ihrer Verfassung zu einer konstitutionellen Gewalt erhoben, sondern sogar zur Wahl eines Senates geschritten und dieselbe auf heutigen Tag beendigt hat, in Erwägung der dringenden Gefahr, in welche das Vaterland durch diese Versammlung gesetzt worden und daß drei Mitglieder des Vollziehungsrates als Mitglieder der Tagsatzung an solchem Teil genommen (Usteri, Zimmermann und Schmid), verordnet: 1. Den übrigen drei Mitgliedern Dolder, Savary, Rüttimann oder ihrer Mehrheit ist provisorisch die Ausübung der dem Vollziehungsrate zugestandenen Gewalt übertragen. 2. Dieselben sind beauftragt, für die Beibehaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu sorgen."

Unter dem Schutze des französischen und helvetischen Militärs erkannte das Rumpfparlament auf den Antrag der Herren Dolder und Savary: „Daß die sogen. allgemeine helvetische Tagsatzung, weil sie ihre Befugnisse überschritten und sich nach dem Austritte aller kleinen Kantonsmitglieder, auch mehrer der größern Kantone, des Atributes: „allgemeine Tagsatzung" mit Recht nicht mehr bedienen dürfe, a u f g e l ö s t und ihre Arbeiten als nichtig erklärt seien." [10]

An diesem unblutigen Umsturz hatten Verninac und Montchoisy weitaus den größten Anteil. [11]

---

mond V., Lyon 1826. — Verninac, Gesandter in Bern 7. Sept. 1801 bis 23 Okt. 1802.

[9] Rigert, Geschichte von Schwyz, S. 91.

[10] Rigert, id. Kapitel 10, S. 92.

[11] Diesbach von Carouge an Wyß, 16. Oktober: „Verninac hatte sich in den Kopf gesetzt, die Tagsatzung aufzulösen. Er ist zu Dolder

Noch während der Sitzung schlug ein Ausschuß von fünf Gliedern 25 Männer vor, die den neuen Senat bilden sollten. Die verfassungsmäßige Tagsatzung wurde auf drei Monate verschoben.

Reding zögerte zunächst, dem Ruf in den Senat zu folgen, trotzdem in den Urkantonen innige Freude über den Umschwung der Dinge herrschte. Er sah richtig voraus, daß die Unitarier die Einigkeit im Innern des Landes trüben würden, auch daß sie in Paris Föderalisten wie ihn als Anhänger Oesterreichs und auch Englands anschwärzen könnten. [12] Als er aber dem Rufe doch Folge leistete, wurde er unversehens der Kandidat der föderalistischen Partei für das Amt des Landammanns.

Zunächst lag die Leitung des Staates, wie schon gesagt, in den Händen des provisorischen Vollziehungsrates (Dolder, Savary, Rüttimann). Bevor aber die definitive Vollziehungsgewalt organisiert sei, getraue man sich nichts Wichtiges zu unternehmen, schrieb Wyß nach Zürich. In Privatunterredungen hoffte man es zu einer ziemlich angemessenen Besetzung der beiden Landammännerstellen zu bringen. „Von allen Seiten wird daran gearbeitet, Dolder von der ersten Stelle, ungeachtet aller Empfehlung von bedeutender Stelle, zu entfernen." [13] Mißlich war nur, daß sich kein geeigneterer Kandidat zeigte als der für dieses Amt gänzlich unvorbereitete Reding. Die Klemme, in der man war, wird deutlich in der Briefstelle von Wyß: „. . . mit Bezug auf die Wahlen mußte man endlich eine Partie gemeinsam ergreifen, um nicht zwischen die Stühle und Bänke zu kommen; und da fand sich kein anderes Mittel, als Frisching und Reding hervorzustellen und den bisherigen Präsidenten Dolder in

gegangen und hat ihm gesagt: Sacre Dieu, il faut, que cela finisse, f. t. ne voulez-vous donc rien faire? Sie verstehen, daß es nicht die Hälfte dieser Ueberredungskunst brauchte, um die Maschine in Gang zu setzen."

[12] Rigert, Geschichte, 93.

[13] Teilnahme . . . Brief vom 9. November an den Vater.

den Kleinen Rat aufzunehmen." [14] Reding war noch in frischer Erinnerung als der Kriegsheld von Rothenturm; dennoch siegte er nur mit einem knappen Mehr über den Kandidaten des französischen Gesandten. Verninac vergaß es Reding nie, daß er seinem Schützling den Rang abgelaufen hatte. Seine Verstimmung war eine Gefahr für die Regierung.

Reding als Landammann.

Ohne es erstrebt zu haben, stand Reding nun in seinem wichtigen Amte als der Führer der Schweiz. Seine persönliche Bedeutung in den Augen der Mehrheit wurde von David von Wyß gekennzeichnet: „Von seinen Landsleuten als Held in den siegreichen Kämpfen gegen die Franzosen bei Rothenturm und Morgarten vergöttert, mußte er als der wahre Repräsentant schweizerischer volkstümlicher Kraft, vor der auch Bonaparte Achtung gezeigt hatte, gelten; und redlicher, fester Wille, verbunden mit aufopfernder Hingabe für das große Ziel, die Unabhängigkeit für die Schweiz womöglich wieder zu gewinnen, rechtfertigten diese Geltung." [15] Dafür fand sich Reding im Brennpunkt der untereinander streitenden, aber gegen ihn einigen Parteien der Unitarier und Patrioten, und höchst ungünstig wirkte es für seine Stellung, daß General Montchoisy wegen zu auffälliger Parteinahme für die Föderalisten abberufen und durch den untauglichen, aber patriotenfreundlichen General Montrichard ersetzt wurde. [15*]

Zwischen den drei Parteien entbrannte der Streit um die Macht. Die geistig bedeutendsten Köpfe waren unstreitig unter den Unitariern zu treffen, nur daß

[14] D. von Wyß, Leben der beiden Bürgermeister, 346.

[15] Wyß, id. 347.

[15*] Vgl. die abfällige Beurteilung durch seinen Vorgesetzten, den spätern Marschall Macdonald: Macdonalds Memoiren: 83 u. ff..

sie in ihrem Eigendünkel die Macht und Bedeutung der Tradition verachteten. Sie wollten den starren Zentralismus in der Schweiz einführen. Unfähig, die geschichtlichen Bedingtheiten der Eidgenossenschaft zu erkennen, versuchten sie mit verstandesmäßigen Konstruktionen die neue Einheit der Schweiz zu begründen. Diese Spekulationen, mit denen sie von einer Beseitigung der kantonalen Souveränität phantasierten, brachten sie in den spöttischen Ruf von Metaphysikern, ein Wort, das der Realitätsinn Bonapartes für sie verwendete. Beißend drückte der Erste Konsul sich über die Inkonsequenz der Metaphysiker aus, als er sagte: „Auf der einen Seite wollen sie das Volk in seine Souveränitätsrechte einsetzen, und auf der andern Seite berauben sie dasselbe seiner wahren und eigentlichen Rechte." [16] Die bedeutendsten Männer ihrer Art im Staatsdienst waren Rengger und Stapfer, letzterer seit 1800 Gesandter in Paris. [17]

So hohe Grundsätze sie aber hatten, in der praktischen Politik waren gerade diese Leute die größten Opportunisten und hielten weniger auf Festigkeit des Charakters als auf ihre kombinierende Klugheit. Sie standen den Föderalisten ablehnend gegenüber, waren mißtrauisch und vorsichtig im Benehmen mit den Patrioten, aber schließlich doch immer wieder gezwungen, mit den einen oder mit den andern für die Regierungsbildung zusammenzugehen. Aus Angst vor der Reaktion lehnten sie sich enger an die Partei der Revolution, als eigentlich in ihren Zielen lag, und verhinderten letzten Endes den innenpolitischen Frieden: Die Föderalisten wären zu Zugeständnissen bereit gewesen, jedoch das Mißtrauen der „Metaphysiker" verhinderte die Einigung. Eine wirklich dauerhafte Regierung war ohne ihre Mitarbeit nicht möglich.

---

[16] Zit. Lusser, 280.

[17] Vgl. über ihre allgemeine Rolle den Briefwechsel von Wydler und Luginbühl.

Die betrüblichste Eigenschaft ihrer Politik war, daß sie aus lauter Klugheit unwürdige Nachgiebigkeit vor Frankreich an den Tag legten. Die unumgängliche Anbiederung mit den „Patrioten", vor denen z. B. Rengger offenen Widerwillen zeigte, die man aber aus Angst vor Frankreich nicht auszuschalten wagte, schadete dem Ansehen der Unitarier. Befanden sich unter den Föderalisten viele starre Köpfe, die nicht umlernen wollten, so war der Ruf der „Patrioten" für jeden wahren Vaterlandsfreund schmachvoll. Unter den „Patrioten" fand man die übelsten Subjekte, die im trüben Strudel der Revolution an leitende Stellen hinaufgespült worden waren. Der ursprünglich vom obern Zürichsee stammende, aber nachher im Aargau verwurzelte und mit Kopf und Herz der Revolution und seinem Beutel dienende Abgeordnete und spätere Landammann Dolder[18] war ihr unübertroffenes Vorbild.

Dolder ist eine typische Revolutionsfigur, wie sie zu allen Zeiten vorkommt, wenn die soziale Ordnung zerbricht. Er stammte aus einer einfachen Bauernfamilie. Für den Landbau zeigte er wenig Neigung. Dafür stürzte er sich auf alle Bücher, deren er habhaft werden konnte. Nach einer Lehre in einem Zürcher Kaufmannshaus wollte er eine Färberei beginnen; aber da er nicht Stadtbürger war, erlaubten es ihm die Gesetze nicht. So siedelte er nach Frankreich über, übernahm später die Leitung einer Kattundruckerei bei Wildegg im Aargau und strandete, als er sich selbständig machen wollte. Dafür warf er sich der Revolution in die Arme. Sein Aufstieg begann als Mitglied des aargauischen Senates. Dolder verstand es wie kein Zweiter, den Mantel nach dem Wind zu hängen. Seine auffallendste Eigenschaft war für die Zeitgenossen die geschmeidige Anpassung an alle Umstände. Er besaß eine so schlaue Gewandtheit, daß man von ihm sagte, er sei aus Kork geschaffen. Wyß wiederum vergleicht ihn mit einem Manne, der die Gabe habe, sich immer der aufgehenden Sonne zuzuwenden.[19] Der allgemeine Eindruck über seine politische Rolle verschlechterte sich bis zur boshaften Behauptung, es stünden auf

---

[18] „Dolder", Allgemeine Encyklopädie der Wissenschaften, Art. Dolder, verfaßt von Escher 1835.

[19] Wyß, Teilnahme, 6.

seiner Stirn deutlich die Worte zu lesen, die sonst nur an Häusern angebracht werden: Zu vermieten oder zu verkaufen.[20]

Aber kein Gegner lehnte Dolder mit solcher Ueberzeugung ab, wie das Haupt der Unitarier, Rengger. Die kriegerische Unterwürfigkeit vor den französischen Herren, das maßlose Strebertum und die käufliche Habsucht waren Rengger in der Seele zuwider. „Daß Dolder wieder an die Macht kommt, ist das Allerschlimmste, was widerfahren könnte. Vor der Aristokratie habe ich mich nie gefürchtet, weil ich wußte, daß sie sich nie halten würde. Kein ehrlicher Mann, der ihn kennt, wird neben ihm stehen wollen. Dies ist so wahr, daß nun selbst die Mehrheit der patriotischen Senatsminorität den nämlichen Abscheu vor ihm hat, währenddem sie ihm doch am 28. Oktober zum Werkzeug gedient hat."[21]

Rengger führt einige Beispiele von Dolders Handlungsweise an: Er war es, der vor dem 28. Oktober den Einmarsch der helvetischen Truppen in die Waldstätte verlangte. Nach dem 28. Oktober zog er diese Motion zurück. Umgekehrt handelte er bei der Frage des Zehnten. Zuerst widersetzte er sich; nach dem Umsturz rief er nach ihm. Er nahm den Abschaum der patriotischen Partei unter seinen Schutz. So ließ er den Mann der Geliebten des französischen Besetzungsgenerals, Montchoisy, „einen schändlichen Kerl", in die Verwaltungskammer ernennen. Ein ganz trübes Licht auf Dolder und die Machenschaften bei seiner Wahl wirft es, daß Dolder nur deshalb Finanzminister wurde, um seine Betreibung durch den Juden Dreifuß zu verhindern.

Nicht nur vor seinen Feinden, auch vor den falschen Freunden hatte sich Reding in acht zu nehmen. Reding konnte in Regierung und Senat in erster Linie auf die Vertreter der Urkantone, im weitern aber auf alle Anhänger des Föderalismus sich stützen, ob sie nun reaktionär oder gemäßigt waren. Er hatte seit seiner Ankunft in Bern im Juni jedoch das Unglück, daß Angehörige der bernischen Aristokratie sich des politisch Unerfahrenen bemächtigten, und bemerkte offenbar nie, daß er in ihrem Spiel nur eine Karte war.

Zuerst spekulierten diese Herren auf die Unterstützung Frankreichs. Danach hofften sie wieder auf einen günstigen Einfluß Englands. Reding wurde je nach der

[20] Landmann, Finanzlage, 103.

[21] Wydler II, Rengger an Stapfer, 17. Dezember 1801.

politischen Konstellation benutzt oder beiseite geschoben.[22] Als jedoch das Blatt sich zu Gunsten der Föderalisten wandte, machten sich einige dieser bernischen Opportunitätspolitiker an Reding heran: „Reding ist ganz in den Händen der Gruber, Bay, Exstatthalter, der Subalternen der Aristokratie, die bis dahin allein zum Vorschein gekommen sind."[23] Zu ihnen gesellte sich noch der ehemalige Landvogt Diesbach von Carouge. Sie alle brachten den Landammann nur in den Geruch des Reaktionärs und übten einen fast auschließlichen Einfluß auf ihn aus. Wirklich uneigennütziger, wertvoller Rat war von ihnen nicht zu erwarten. Zu seinem Schaden fehlte Reding der Blick des Menschenkenners. Sonst hätte er niemals die beiden verhängnisvollen Fehler begangen: die Berufung des ungeeigneten Thormann zum Staatssekretär und die Ernennung von Diesbachs zum Gesandten in Paris, später in Wien, Fehler, die zu seinem Sturze wesentlich beitrugen.

Eine wertvollere Unterstützung fand Reding dafür bei den Zürchern David von Wyß und Hans Caspar Hirzel; sie waren auch Aristokraten, aber von uneigennütziger Gesinnung und nicht versessen auf die Wiederherstellung alter Rechte.[24] Wyß beklagte die wenig glückliche Wahl der politischen Mitarbeiter, wie die von Diesbach und Thormann. Thormann war grundrechtlich, aber in seinen Ansichten etwas beschränkt und als Staatssekretär den schwierigen Verhältnissen der Zeit nicht gewachsen.[25]

---

[22] Wydler II, Brief Renggers an Stapfer, 3. Juni 1801.

[23] Id., Rengger an Stapfer, 24. November 1801.

[24] Dav. v. Wyß, 1763—1839, Hs. Casp. Hirzel, 1746—1827. David v. Wyß führte mit seinem Vater von Bern aus einen angeregten Briefwechsel, der ebenso aufschlußreich ist für die politischen Tagesereignisse wie für die Ansichten des gemäßigten und vornehmen Mannes. S. Wyß, Teilnahme. Auch der Säckelmeister Hirzel führte eine Korrespondenz; s. Oechsli, Zürcher Taschenbuch 1901.

[25] Tillier II, 365.

In der Geschäftsführung ließ sich der Landammann zunächst gut an. „Reding präsidierte zum ersten Mal und gab uns ein paar auffallende Beispiele, daß glückliche Anlagen und ein männlicher, fester Charakter oft so weit als lange Geschäftserfahrungen reichen."[26] Aber schon in dem auf dieses Lob folgenden Satz verrät Wyß Besorgnis in Bezug auf die fatale Beeinflußbarkeit Redings: „Glücklicherweise ist sein Kollege Frisching weniger bernerisch als vielleicht Reding selbst gestimmt. Wenn ich mich nicht trüge, wird er sich von den in der Tat neuerdings überspannten Ideen seiner Mitbürger keineswegs auf die Art leiten lassen, wie man es vielleicht von ihm erwartet."

Bei einer kleinen Feier des neugegründeten Senates brachte Reding seine Wünsche für Aussöhnung und Vereinigung der Parteien aus; dann sollte die Konstitutionsarbeit beginnen. Es zeigte sich indes bald, daß von der Aufnahme normaler Beziehungen zu Frankreich auch die interne Neuorganisation abhing.[27] Entsprechend seinen Instruktionen wollte Verninac die neugebildete Regierung nicht anerkennen. Die Gesandtschaft, die Napoleon eine Adresse der Regierung überbringen und welcher Diesbach als Delegationsführer vorstehen sollte, stieß auf Schwierigkeiten. Diesbach war von Reding als neuer schweizerischer Gesandter in Paris an Stelle von Stapfer bestimmt. Gegen diesen Plan sträubte sich Verninac mit allen Kräften. Er weigerte sich zum Beispiel, Diesbach einen Paß auszustellen und „begünstigte überhaupt die Einheitler, deren bedeutendste Führer sich öfters in seinem Hotel versammelten und Schutz und Trost fanden".[28]

Wyß schreibt besorgt über die Lage: „Unser Gebäude steht aller bisher beobachteten Politik ungeachtet noch auf sehr schwachen Stützen, und beinahe kann man sagen, daß die Aktien seit einigen Tagen ein wenig gefallen sind. Alle Schritte der Regierung werden von subalternen Intriganten bei dem fränkischen Minister ange-

[26] Wyß, Teilnahme, Brief an den Vater, 22. Nov. 1801.

[27] Die Arbeiten blieben zunächst bei allg. Reflexionen stecken.

[28] Rigert, Geschichte des Kanton Schwyz, 95.

schwärzt, besonders durch die Auswahl Diesbachs nach Paris." [29] In seinem Gesandtschaftsbericht [30] entwirft Verninac das denkbar schlechteste Bild von diesem Patrizier: „Diesbach genießt gar kein Ansehen. Er ist ein ruinierter Mann, den schlechte Geschäfte veranlaßt haben, sich in Intriguen zu stürzen." Die Erkundigungen über seinen Charakter ergaben, daß er „assez fin, mais prompt, hautain et emporté" sei. Er wurde auf den Rat von Gruber ernannt, der Präsident der bernischen Bürgerschaft war und auf Reding einen gefährlichen Einfluß ausübte. Aber Jenner hatte sich, immer nach dem Berichte von Verninac, gegen die Abberufung von Stapfer ausgesprochen, da die helvetische Regierung mit einem Minister wie Diesbach jeden Kredit verlieren werde.

Die französische Politik in der Schweiz ging darauf aus, die verschiedenen Interessen nach dem 28. Oktober gegen einander auszuspielen. Deshalb gewährte Verninac der Regierung Reding nur karge Zeichen der Zustimmung und des Wohlwollens. „Wir dürfen", schreibt er an das Ministerium des Auswärtigen, „diejenige Wagschale der Waage nicht aus den Augen verlieren, die seit den letzten Ereignissen an Gewicht verloren hat, um zu verhindern, daß die andere zu schwer wird." [31]

Diese allgemeine Richtlinie der klugen Anpassung an die Umstände wurde nur im Fall des Wallis verlassen. Frankreichs Ungeduld, daß sich die helvetische Regierung nicht gefügig zeigen wollte, riß auf brüske Art. Französische Truppen unter General Turreau besetzten das Wallis und nahmen die öffentlichen Kassen in Beschlag. Verninac behauptete zwar, seine Regierung habe ihm davon Kenntnis gegeben, [32] machte aber der Regierung von Bern keine offizielle Anzeige von diesem militärischen Schritt.

Nicht nur die Bedrückung des Wallis, auch die entgegengesetzten Wünsche von Bern und Leman erhitzten die Gemüter. Die Regierung hatte einen schweren Stand.

---

[29] Wyß, Teilnahme, Brief an den Vater, 28. November 1801.

[30] Arch. étrangères, Suisse 1801, Nr. 89.

[31] Id.

[32] Oechsli, Zürcher Taschenbuch 1901, S. 195.

Durch die wachsenden Schwierigkeiten in innen- und außenpolitischer Beziehung befand sie sich in steigender Verlegenheit. Da beschloß Reding, als verantwortlicher Außenminister, kurzerhand die Gesandtschaft selbst zu übernehmen und die Reise nach Paris zu wagen, um sich mit Bonaparte über die schwebenden Fragen zu verständigen. Der Beschluß ging von der richtigen Ueberlegung aus, daß Bonapartes Anerkennung und seine Unterstützung Reding im eigenen Lande stärken und ihm die nötige Autorität verleihen würde, mit den innern Schwierigkeiten fertig zu werden. [33]

Die Verhandlungen in Paris.

Der Reiseplan wurde in größter Heimlichkeit gefaßt. Verninac glaubt, der Schritt sei zwischen Hirzel und Wyß, Müller und einigen Bernern verabredet worden. [34] Dazu, daß Reding in Begleitung von Diesbach reiste, erklärt Verninac, Diesbach habe geglaubt, Reding begleiten zu müssen, um im Notfall das natürliche, hitzige Temperament, das den Männern der Bergkantone eigen sei, mäßigen zu können und dafür zu sorgen, daß die Grenzen der Klugheit und der Politik nicht überschritten würden.

„Er scheint mir, sich das Ansehen eines Mentors in dieser neuen Odyssee zu geben." Vorsorglich rekapituliert der französische Minister dann die Zustände seit dem 28. Oktober. Das Uebergewicht der Föderalisten im Senat sei durch die Ausschlagung der Wahl von einigen in Aussicht genommenen Männern unsicher geworden. Es schade weiterhin Reding, daß er bei einer Gesamtzahl von 25 nur mit 15 Stimmen gewählt worden sei. Sodann stellt Verninac eine Versöhnung der Gegner vom 28. Oktober in Aussicht, die sich schon in Redings Wahlergebnis angezeigt habe. „Das Vorzeichen erscheint den Urhebern des 28. Oktober so ärgerlich, daß es deswegen beinahe eine Spaltung im Senat gegeben hätte. Man konnte von diesem

[33] Oechsli, Zürcher Taschenbuch, 1901. Dolder gab zu, daß ihm Verninac, als dem Präsidenten des Senates, hievon unter vier Augen einen Wink gegeben habe.

[34] Arch. étrangères, Suisse 1801, Nr. 97, vgl. Quellen Nr. 1326.

Moment an erkennen, daß die Senatoren geteilt waren und daß zwischen ihnen kein wirkliches Vertrauen mehr herrschte."

Mit diesen Mitteln suchte Verninac in Paris die Aussichten von Redings Mission zu verschütten.

Ueber die nähern Gründe der Reise berichtet Wyß an seinen Vater:[35] „Werden Sie es wohl glauben, wenn ich Ihnen sage, daß unser erster Landammann plötzlich auf Paris abgereist ist? Die stete Verzögerung unserer Anerkennung auf Seite Frankreichs, die hiedurch hin und wieder, besonders auch im Leman geförderten Umtriebe unserer Gegner, der Umstand, daß Verninac selbst zahlreiche Adressen von Mißvergnügten sammelt, das stete Dunkel von Wallis und unsern äußern Verhältnissen, die Schwierigkeiten, die man der beabsichtigten Ordnung bisher in den Weg legte, brachten endlich am Sonntag (29. November) bei unserm raschen und entschlossenen Chef den Entschluß zur Reife, sich selbst dem ersten Konsul vorzustellen und wenn möglich Licht und Entscheid über die wichtigsten Punkte zu erhalten. Nur drei bis vier Personen, welche die Sache nicht mißrieten, waren im Geheimnis."

In Paris am 7. Dezember eingetroffen, bat Reding Talleyrand, sobald als möglich vom Ersten Konsul empfangen zu werden.[36] Seinen beiden in spanischen Diensten stehenden Brüdern berichtete Reding über die Audienz bei Bonaparte noch vor dem offiziellen Bericht an den kleinen Rat:[37]

Paris, 13. Xembre 1801.

Herzliebste Brüder!

Die Ungewißheit, welche noch über das Schicksal der Schweiz in Rücksicht der auswertigen Verhältnisse schwebt, hat mich bewogen, mit dem Legationsrat Herrn Diesbach von Bern die Reise nach Paris zu machen, um mit der hiesigen Regierung in unmittelbare Verhältnisse zu treten, und womöglich ihre Absichten auf die Schweiz zu entdecken. Ich hatte vorgestern eine Audienz beim Minister Talleyrand, die umso günstiger zu sein scheint, da er mir morgens eine Audienz bei Bonaparte zu verschaffen versprochen hat, deren Resultat über das Schicksal der Schweiz mehr entscheiden wird als halbjährige schriftliche Unterhandlungen. Ich habe auch den Anlaß benutzt, um dem kaiserlichen russischen und englischen Hof durch

[35] Wyß, Teilnahme, 2. Dezember 1801 an den Vater.

[36] Wyß, Teilnahme, 15. Dezember an den Vater.

[37] Reding-Archiv, Schwyz.

ihre Minister die Schweiz und ihre wirkliche Regierung zu ihrem Wohlwollen zu empfehlen und ihnen den Wunsch geäußert, daß diese Staaten wiederum mit der Schweiz die alten Bande der Freundschaft und des Zutrauens verknüpfen möchten. Was der kaiserliche Hof anbelangt, so bin ich versichert, daß dieser mit nächstem einen Minister in die Schweiz schicken wird, auch der englische Hof scheint geneigt dazu, und alle ohne Ausnahme beehrten mich mit der allerfreundschaftlichsten Aufnahme und bezeugten mir sehr viel Teilnahme über alles, was die Schweiz gelitten hat, mit Verheißung ihrer Verwendung, um der Schweiz ihre Neutralität und Unabhängigkeit zu verschaffen.

Paris, 14. Xembre.

Heute erhielt ich die vorgemeldete Audienz bei Bonaparte, er empfing mich sehr freundschaftlich und sprach mir sehr offen. Ich habe begründete Hoffnung, meine Mission auf eine sehr ehrenvolle Art zu enden, um dem lieben Vaterland mehr Vorteile durch meinen hiesigen Aufenthalt zu bewirken, als wenn ich in Bern wäre. Es scheint, die Vorsehung habe mich bestimmt, der unglücklichen Schweiz wiederum zu einem erträglichen Schicksal zu verhelfen; Bonaparte sagte mir unter anderm sehr schmeichelhafte Sachen, daß er entschlossen gewesen sei, einen Courier auf Bern zu schicken, um die jetzige Regierung desavouieren zu lassen, da er aber meine Reise nach Paris vernommen habe, so habe er seinen Entschluß zurückgenommen, indem ihm die offene und edle Art, mit welcher ich handle, sowie die Achtung, die ich ihm durch diesen Schritt zeige, sehr schmeichelhaft seien. Von der Besitznahme des Wallis will er nun desistieren und begehrt nur den Paß durch selbes nach Italien, dagegen will er uns das Fricktal, Erguel- und Münstertal abtreten, auch die französischen Truppen aus der Schweiz ziehen lassen. Ich melde auch dieses umso lieber, da ich versichert bin, daß ihr meine Freude teilen werdet, die ich auf meinem Posten allem übrigen vorziehe, die Freude, das Schicksal der so tief gesunkenen Schweiz zu erleichtern. Ich werde euch vor meiner Abreise von Paris noch einmal schreiben und euch etwas bestimmteres melden können. Ich umarme euch recht herzlich

Euer Aloys.

Aber durch die Abreise Talleyrands nach Lyon konnten die Verhandlungen zwischen ihm und Reding nicht weitergeführt werden. In seinem Auftrag setzte nun Hauterive, der erste Mitarbeiter Talleyrands, der seinerzeit das Projekt von Malmaison ausgearbeitet hatte, die

Besprechungen mit Reding fort, mit dem Zwecke, den Entwurf einer Konvention fertig auszuarbeiten.[38]

Ueber seine Verhandlungen sandte Hauterive dem Minister des Auswärtigen nach Lyon ein ausführliches Memorandum.[39] Als erster Punkt wurde die Legalität der helvetischen Regierung besprochen. Hauterive riet zu einem „Amalgam": eine Partei allein habe nicht die nötige Macht zu dauernder Befestigung im Regiment. Er habe Reding zu verstehen gegeben: wenn die französische Regierung in Verhandlungen mit ihm eintrete, ohne vorher die Legalität seines Titels als Landammann zu prüfen, so geschehe dies allein mit Rücksicht auf seinen persönlichen Einfluß und auf den von ihm geäußerten Wunsch, er möchte seine Ernennung zum Regierungsoberhaupt dahin benutzen, allen Parteien ein Mitspracherecht zu gewähren. „Reding begreift nun, daß der Erste Konsul ihm ein Zeichen der Wertschätzung und des persönlichen Wohlwollens gab." Der Rapport gibt Talleyrand weiter zur Kenntnis, daß Reding den Ausführungen zustimme. Die föderalistische Partei sei in zu großer Ueberzahl im Senat. Er gebe deshalb sein Einverständnis, dem Senat fünf weitere Senatoren beizufügen. Dieses Abkommen wolle Reding in seinem und seiner Partei Namen zeichnen.

Der unbestimmte Charakter von Redings Stellung erlaubte es indes nicht, daß man ihn mit „offizieller Gleichberechtigung" als vertragschließende Partei zuließ, und der Erste Konsul bestimmte, daß die Aufstellung der Liste der neuen Mitglieder des Senates und des Kleinen Rates, unter der Voraussetzung der gegenseitigen Zustimmung, genüge. Man ließ Reding wissen, er werde nach der Umformung der Regierung von Verninac offiziell anerkannt.

---

[38] Arch. étrangères, Suisse, Mémoires et Documents, 38—39, Nr. 104.

[39] Für das Folgende Id., Rapport von Hauterive, Nr. 105 ff.

Im weitern Verlauf der Unterredungen brachte Reding zwölf Anliegen vor. Es waren, um die wichtigsten zu nennen: Anerkennung von Abänderungen der Verfassung, Einteilung in 23 Kantone, Rückzug der französischen Truppen, Wiederherstellung der Neutralität (kein Zwang zum Abschluß von Offensivallianzen), Zuteilung von Biel, Neuville, Erguel, Münstertal und an zwölfter Stelle als wichtigster Punkt die Beibehaltung des Wallis unter der Bedingung, Frankreich die Anlage einer Militärstraße zum Simplon zu gestatten.

Der Rückzug der Truppen blieb dem Entscheid des Kriegsministers vorbehalten. Ueber die andern Punkte einigte man sich ohne Mühe; ernstliche Schwierigkeiten machte nur das Wallis. Hauterive stellte sich auf den Standpunkt, daß erstens in der letzten helvetischen Verfassung die Abtretung eines Teils des Wallis bereits ausgesprochen sei, zweitens habe auch Stapfer dies anerkannt. Reding protestierte energisch, erklärte sich aber bereit, das linke Rhoneufer bis Brig abzutreten, wenn die Walliser es selber verlangten.

„Der erste Konsul, den ich im Detail über diesen Teil der Unterredung unterrichtete, verwarf diese Form als überflüssig und gefährlich." Man könne nicht einen Teil der Bevölkerung vom Ganzen trennen. Gleichzeitig erkläre er seine Absicht, die Walliserfrage vorläufig unentschieden zur lassen. Frankreich wolle nur die Straße. Wenn die Gebietshoheit der Schweiz auf irgend eine Weise dabei erhalten werden könne, so sehe er darin kein Hindernis; aber für den Moment habe eine Gebietsabtrennung in dem Umfange stattzufinden, welche für den Bau einer Straße benötigt werde.

Reding zeigte sich davon nur halb befriedigt, und Hauterive hatte ihn dauernd an das Vertrauen zu erinnern, das er in das Wohlwollen Bonapartes setzen müsse. Und schließlich gab Reding nach mit dem Bedeuten, daß er alles von diesem Wohlwollen erwarte.

Es blieb nur noch die Form zu bestimmen, in welcher der Erste Konsul seine wohlwollende Gesinnung für die Schweiz ausdrücken wollte. Die Unterzeichnung eines Abkommens wurde aus den schon genannten Gründen abgelehnt. Bonapartes eigene Idee war es dann, Reding einen Brief zu schreiben, was er im Moment für das Richtigste hielt.[40] Der Brief verfolgte den doppelten Zweck, die Parteien einerseits zu beruhigen und sie anderseits in einer definitiven Regierung zusammenzuschließen. „Es ist offensichtlich", schreibt Hauterive weiter, „daß der Erste Konsul annimmt, die in Aussicht genommene Bildung der helvetischen Regierung werde das Ziel erreichen, das Frankreich und die Schweiz im Hinblick auf den endgültigen Zustand haben müssen, wenn sich die helvetische Regierung von den durch Reding geäußerten Versicherungen der Mäßigung, der Gerechtigkeit und der Loyalität leiten läßt."

In der von Reding gewünschten zweiten Audienz bestätigte ihm der Erste Konsul in Gegenwart von Hauterive alle getroffenen Abmachungen und versicherte ihn nochmals des Wohlwollens und seiner persönlichen Wertschätzung.

Darauf gab der Erste Konsul Ordre, daß alle Abmachungen im Detail an Verninac gesandt würden. „Die Scharfsichtigkeit dieses Ministers werde ihn im weitern Verlaufe der Besprechungen die Linie seines Verhaltens klar ersehen lassen, die er innehalten müsse." Die Abmachungen mit Reding sollten fortan einen Teil der Instruktionen des französischen Gesandten in Bern bilden. Zum Schluß bat Hauterive den Minister des Auswärtigen, Verninac eine Kopie seines Rapportes zu übermitteln.

In einer zweiten Instruktion für Hauterive verlangte der Erste Konsul das linke Rhoneufer bedingungs-

[40] Es handelt sich um den Brief vom 6. Januar 1802, der großes Aufsehen in der Schweiz machte und in seiner ganzen Tonart so abgefaßt war, daß er Zweifel an einer weiteren Selbständigkeit der Schweiz aufkommen ließ.

los. Hauterive einigte sich mit Reding dann dahin, daß dem Wunsch der Bevölkerung des Wallis nach einer Abtretung nachgegeben würde, nachdem Reding schon nach Bern geschrieben hatte, daß es zu keiner Abtretung komme.[41]

In einem weitern Schreiben meldete Hauterive Talleyrand eine neue Sinnesänderung des Ersten Konsuls.[42] Man wollte zuerst mehr als nur eine Konvention über die personellen Veränderungen der helvetischen Regierung treffen; Bonaparte beabsichtige auch, in Form eines Briefes die gegebenen Versprechen bezüglich der verschiedenen Anliegen zu bestätigen. Aber nachträglich verwarf der Erste Konsul dieses Vorgehen auch bezüglich des Inhaltes des Briefes, wegen des unoffiziellen und hypothetischen Charakters von Redings Stellung. Reding wurde daher nur als ein Ohrenzeuge betrachtet, der seinen Ministern und Mitbürgern von den guten Absichten Bonapartes berichten sollte. An Verninac wurden die dementsprechenden Instruktionen aufgesetzt.

Dann wurde Reding in Abschiedsaudienz empfangen und verließ Bonaparte, ganz erfüllt von der Bekundung der Güte und der wohlwollenden Absichten, die er für Helvetien aussprach.

Napoleon war also während des ganzen Aufenthaltes von Reding in Paris. Noch vor seiner Abreise nach Lyon ließ er durch Hauterive Talleyrand einschärfen, daß Verninac genaue Instruktionen erhalten müsse.[43] Reding reiste nicht ohne Beunruhigung wegen Verninacs Verhalten ab. Der Erste Konsul sei aber überzeugt, schreibt Hauterive, daß Verninac keine persönlichen Empfindlichkeiten habe.

Während sich Reding auf der Heimreise befand, traf im Auswärtigen Amt in Paris ein Schreiben Verninacs

---

[41] Arch. étrangères, Suisse, Mém. et Doc. 38, 39, Nr. 112.

[42] Id., Nr. 116.

[43] Id., Nr. 118. 8. Januar 1802 Hauterive an Talleyrand.

ein, voll von Hoffnungen, die durch die Abwesenheit Redings gesteigert waren. „Ich glaube nach wie vor", schreibt Verninac, „daß es sehr nützlich wäre, den Bürger Reding in Paris so lange wie möglich zurückzuhalten. Seine Abwesenheit von der Schweiz kann dem Lauf der Dinge nur vorteilhaft sein. Die am 28. Oktober überrumpelten Männer nähern sich jetzt denen, die damals den Umsturz planten und ausführten." [44] Wenige Tage später unterbreitete Verninac dem Ministerium des Auswärtigen den Plan, sofort ein Corps Electoral aufzustellen nach einer vom ihm aufgestellten Liste, der Reding zustimmen müsse. Daß Reding schon abgereist war, machte die Anregung hinfällig.

Im Vertrauen auf Bonapartes Wort reiste Reding Anfang Januar wieder in die Schweiz zurück, ohne daß die paraphierten Abkommen unterzeichnet worden wären. Er hatte sehr siegessicher von Paris nach der Unterredung mit Bonaparte an den helvetischen Senat geschrieben:

„Die Resultate in dieser Unterredung sind äußerst tröstlich und übersteigern meine besten Erwartungen. Erlauben Sie aber, teure Kollegen, daß ich noch in keine Details darüber eintrete. Mein Wort sei Ihnen Bürge, daß ich begründete Hoffnung habe, daß unser geliebtes Vaterland sich in einer günstigerern Lage befinden wird. Die Regierung wird ohne Zweifel anerkannt werden, das schweizerische Territorium nicht geschmälert, bereits abgerissene Teile sollen wieder beigelegt werden, der Allianzvertrag von 1798 von den drückendsten Bedingungen gereinigt, die allgemeine Konstitution modifiziert und jedem Kantone überlassen werden, sich eine auf seine Umstände passende Konstitution zu geben. Die Auseinandersetzungen und Bestimmungen der verschiedenen Punkte sollen zwischen dem Minister Talleyrand und mir vorgenommen werden. Sollte diese Arbeit meine Abwesenheit verlängern, so tröste ich mich mit der so schätzbaren Hoffnung, meinem Vaterland so wichtige Dienste leisten zu können." [45]

---

[44] Arch. Etrangères, Suisse 1802, Nr. 7, 12. Januar 1802.

[45] Wyß, Teilnahme; vgl. Brief an den Vater, 20. Dezember 1802.

Seither war Reding ziemlich wortkarg geblieben. In Bern lebte man von Gerüchten und bestenfalls von Nachrichten aus der französischen Gesandtschaft.

„Alles sei mit Reding in Richtigkeit", schreibt Wyß Mitte Januar, „durch das Wallis werde bloß eine Militärstraße verlangt, die gewünschten Veränderungen in der Konstitution seien größtenteils genehmigt und die Regierung werde anerkannt werden, sobald eine Vermehrung des Senates mit fünf Gliedern erfolgt sei. Zu dem Ende werde Rengger nebst Reding Landammann, Rüttimann und Frisching Statthalter und Kuhn und Schmid dem Kleinen Rat beigeordnet werden, und noch zwei andere, Glayre und Escher, in den Senat kommen. Indessen habe ich mich bei einem Besuch von Verninac überzeugt, daß man eine gedoppelte Sprache führt und mit Absicht auf obiges Personal kaum entschieden ist. Was mir bei diesem Besuch am meisten Mühe machte, war ein Antwortschreiben Bonapartes auf die erste Note des Landammanns, das Verninac vorlas und das ein Meisterstück des Macchiavellismus ist.[46] Gott gebe, daß die nachherigen Tatsachen nicht im gleichen Geschmack ausgefallen seien, sonst könnte wenigstens die Illumination in Bern bei Redings Rückkunft unterbleiben."[47]

Nach seiner Rückkunft zeigte sich Reding im Vertrauen auf die Zusagen Bonapartes sehr zuversichtlich.[48] Reding erstattete sogleich im Senat Bericht in sehr kurzem, militärischen Stil, „un peu dans le genre de Bonaparte".

„Alles beruht auf wiederholten m ü n d l i c h e n, sehr bestimmten Versprechungen, die man als unverbrüchliches Wort angenommen hat. Gott gebe, daß der redliche Schweizersinn nicht abermals von franz. Arglist brüskiert werde, und daß die erhoffte Unterstützung von anderer Seite nicht ausbleibe. In Rücksicht auf den ersten Punkt

---

[46] Note Bonapartes vom 6. Januar 1802; s. Strickler VII, 883.

[47] Wyß, Teilnahme, 15. Januar 1802, Brief an den Vater.

[48] Wyß, id., 18. Januar: „Er und sein Gefährte Diesbach sind im ganzen mit dem Erfolg ihrer Reise sehr zufrieden und vergnügt, wie man in der ersten Minute auf ihren Gesichtszügen lesen konnte. In Bezug auf Wallis ist nichts entschieden; falls Piemont in franz. Händen bleibt, soll gar nichts gefordert werden. Die fränkischen Truppen sollen die Schweiz räumen, sobald es der erste Landammann begehrt und die Regierung von Frankreich förmlich anerkannt ist, was sogleich geschehen soll, wenn der Senat noch mit fünf oder sechs Gliedern vermehrt worden."

gibt die mitgeteilte Note Bonapartes, die Reding leider erst wenige Stunden vor seiner Abschiedsaudienz erhielt, nicht viel Beruhigung. Das Wichtigste ist aber die geforderte und verabredete Personaländerung im bereits mitgeteilten Sinn, an welche man die förmliche Anerkennung der Wiedererstellung der Grenzen, etc. als conditia sine qua non gebunden hat. Ich zweifle aber nicht an pünktlicher Annahme. Nur wenige von uns sehen durch das fatale arglistige Gewebe, und schwer ist es, irgend eine Partei zu ergreifen. Das Hosiannarufen in Bern hat bereits abgenommen." [49]

Die Erweiterung der Regierung wurde prompt durchgeführt. Als sechstes Mitglied wurde noch der Zürcher Füeßli, der ganz zur „patriotischen" Partei gehörte, in den Senat berufen. Jedoch die Erweiterung der Regierung, die eine Vereinigung aller Parteien hätte herbeiführen sollen, war im Grunde ein Widerspruch in sich selbst und nur verständlich als taktisches Manöver der französischen Politik, die auf eine Schwächung des föderalistischen Einflusses systematisch hinarbeitete. Wyß macht die treffende Bemerkung: „Das Sonderbarste bei der ganzen traurigen Geschichte ist, daß man strenge Einheitsmänner zur Exekution eines Systems brauchen will, das noch föderativer werden soll als unser eigener Ihnen bekannter Entwurf." [50] Auch waren die von Reding aus Paris mitgebrachten Abmachungen schwer in die Verfassung zu verarbeiten, da die betreffenden Artikel ganz unbestimmt lauteten und weder Reding noch Diesbach in der Lage waren, sie genügend zu erläutern. Die Hauptsache aber, das schriftliche Einverständnis Bonapartes mit den mündlich in Paris getroffenen Vereinbarungen, erfolgte nie, obschon Reding wiederholt bittend und mahnend sich nach Paris wandte.

Unzweifelhaft war das Ausbleiben von Bonapartes Unterschrift zu den mündlich getroffenen Abmachungen der unmittelbare Anlaß, daß Reding den Boden unter den Füßen verlor. Seine Gegner frohlockten und schöpften

[49] Wyß, Teilnahme, 20. Januar 1802, Brief an den Vater.

[50] Wyß, Teilnahme, 23. Januar 1802, Brief an den Vater.

Mut, an die Beseitigung der unbequemen Regierung zu denken, als sie sahen, daß Paris Reding nicht halten wollte. Das Schweigen lähmte Reding in jeder Aktion. In einem guten Verhältnis zu Frankreich lag seine innenpolitische Autorität, solange französische Truppen das Land besetzt hielten. Erst jetzt wuchsen Redings innenpolitische Schwierigkeiten mit Bezug auf die Annahme der Malmaison - Verfassung plötzlich berghoch, und eine aus dem Boden schießende Opposition verweigerte dem schon völlig bereinigten Entwurf die Zustimmung. Wyß war wie vor den Kopf geschlagen, daß sich wieder Hindernisse türmten, die man allgemein für beseitigt ansah.[51] Er sah darin ein schlimmes Vorzeichen. Die an Revolutiönchen gewohnte „patriotische" Partei paßte von nun an auf die günstige Gelegenheit zu einem möglichst unblutigen Umsturz. Von Frankreich im Stich gelassen, überstimmt durch die Mehrheit der durch Redings eigene Loyalität in den Kleinen Rat gelangten eifrigen „Patrioten", war das Ende von Redings Regierungslaufbahn über kurz oder lang besiegelt.

Die Rolle der englischen Fonds.

Die Erklärung des Mißerfolges der Pariser Gesandtschaft als die Ursache für das schnelle und ruhmlose Ende der Reding'schen Regierung ist für Redings Beurteilung entscheidend. Ist Redings Darstellung richtig, daß es sich um „Wortbruch" und „gottlosen Betrug" handelte oder sah der giftige und unermüdliche Gegner Redings, der französische Gesandte, der beleibte und untersetzte Jakobiner Verninac mit seinen großen schwarzen Augen im länglich fetten Gesicht,[52] richtig, wenn er

[51] Wyß, Leben, S. 389. „Bei solcher Bewandtnis der Sachen werden Sie leicht einsehen, daß wir entweder (gottlob mit ruhigem Gewissen) eine neue Epuration oder aber ein cisalpinisches Ereignis zu erwarten haben."

[52] Oechsli, Taschenbuch 1901, S. 190.

Reding allgemein diplomatische Unfähigkeit vorwarf? Dieser Darstellung nach wäre dem ersten Landammann die Sache in Paris über den Kopf gewachsen und er hätte sich an der Nase herumführen lassen.[53] Oder schwieg Bonaparte in der wohlüberlegten Absicht, den störrischen, den französischen Plänen wenig dienlichen Schwyzer unmöglich zu machen?

Diese letztere Ansicht geht durch die ganze Korrespondenz von David von Wyß.

Die erwähnten, stark einseitigen Auffassungen halten der kritischen Untersuchung nicht stand. Wie oft bei schwerwiegenden Ereignissen, so ist auch die Ursache von Redings Sturz nicht eindeutig bestimmt, sondern es wirkte eine Summe von ungleichen negativen Umständen zusammen, von denen an sich keiner ausschlaggebend gewesen wäre, die sich aber unwillkürlich gegenseitig unterstützten, bis es nur noch einen bescheidenen Mut brauchte, um ein von allen Seiten gewünschtes Ereignis Tatsache werden zu lassen. Einer der wesentlichsten Umstände war die Affäre der englischen Fonds.

Wyß spielt auf die Wichtigkeit dieses Handels an, wenn er schreibt: „Die Gerüchte von Paris sind abwechselnd günstig und ungünstig, und die Zeitungen enthalten immer noch unbegründete Ausfälle gegen unsere Regierung. Allem Anschein nach ist von Seite des Ministers noch Geldinteresse wegen einer gewissen Negoziation im Wege, worüber das Finanzministerium nicht sobald wird deutliche Auskunft geben können."[54] Noch mehr in die Einzelheiten geht ein Brief von Hirzel an seinen Sohn: „Du erinnerst Dich, daß in Zürich einmal ausgebreitet wurde, die Berner haben die französische Legation und das Ministerium in Paris bestochen, um die Veränderungen vom 26. (soll heißen 28.) zu bewirken.

Mit diesem Gerücht ist es wie mit den meisten beschaffen. Im Grund liegt etwas Wahres, hingegen ist ein wesentlicher Umstand irrig. Jenner und Dolder sind es, welche einem gewissen St. Didier

[53] Gleicher Auffassung siehe Mutach, Revolutionsgeschichte, S. 156, wo ihm Mutach Mangel an Umsicht, Welterfahrung und Scharfblick vorwirft. Vgl. 159.

[54] Wyß, Teilnahme, 12. Dezember 1801.

ca. 140,000 Pfund Sterling, teils Bankscheine, teils Annuités du Sud verkauft haben und zwar um einen Preis, bei dem ca. 40 % verloren gingen. Was aber merkwürdig dabei ist, die Annuités du Sud wurden als 5 % verhandelt, da doch jedes Kind weiß, daß sie nur 3 % abwerfen."

Die „quälende Machenschaft" beeinflußte die Wahlen des Kleinen Rates in höchstem Grade. Verninac ließ es an Winken nicht fehlen, daß man Leute aus allen Parteien „konsidieren" müsse, m. a. W., Dolder mußte der neuen Regierung angehören und wurde glücklich Finanzminister.

Mit den englischen Fonds von Bern hatte es folgendes Bewandtnis: [55]

1798 wurden fast die gesamten Wertschriften und ein Teil der Goldbestände des sagenhaften Berner Staatsschatzes unter der Leitung Zeerleders und auf das Geheiß des nachmaligen Pariser Gesandten Jenner nach Thun geflüchtet. Es gelang, einen großen Bestand dieser Wertschriften in der Bank von England zu deponieren, wo die bernische Regierung einen Stock Wertpapiere besaß. Beim Einmarsch der Franzosen in die Schweiz ließ Pitt die Gelder sperren, weil man befürchtete, daß sie zur Kriegführung gegen England verwendet würden. Der bernische Vertreter Jenner, resp. die bernische Gemeindekammer, betrachtete sich aber nach wie vor als rechtmäßige Eigentümerin.

Die helvetische Regierung löste zwar die Frage des Eigentums dahin, daß sämtliche Güter der ehemals souveränen Orte als Nationaleigentum erklärt wurden. Jedoch London anerkannte diesen Akt nicht, und Wechsel der helvetischen Regierung auf die Bank von England wurden nicht eingelöst. Der helvetischen Regierung blieben nur zwei Wege offen: Entweder sie erlangte von London die Anerkennung als rechtmäßige Regierung und damit auch als Rechtsnachfolgerin, oder sie fand einen Käufer der Titel, der das Risiko weiterer Verwertung auf sich nahm.

---

[55] Vgl. Landmann, Die auswärtigen Kapitalanlagen.

Das ganze Bestreben sowohl der Berner wie der helvetischen Regierung ging nun dahin, aus den Titeln Geld zu schlagen. Aber die Bank von England weigerte sich, die Bevollmächtigten der helvetischen Regierung anzuerkennen, und Stapfer drängte aus eigener Initiative darauf, daß Frankreich die helvetische Regierung in dieser Angelegenheit kräftig unterstütze und seinen Einfluß darauf verwende, die förmliche Anerkennung der Schweiz durch die englische Regierung zu erreichen. Stapfer meldet darüber an den helvetischen Vollziehungsrat, Talleyrands Auffassung sei, die Aufhebung des englischen Sequesters könne vor dem Friedensschluß nicht durchgesetzt und weder Kapital noch Zins bezogen werden.[56] Aber Talleyrand versprach Stapfer, in den kommenden Friedensverhandlungen sich mit England über die Aufhebung des Sequesters zu verständigen. Indes zog Talleyrand es vor, über diese Dinge ohne schriftliche Dokumente zu verhandeln. Eine Note über die Unterredung, die Stapfer ihm zustellen wollte, hielt er zum mindesten für unnötig.

In dieser Kalamität der geldbedürftigen helvetischen Regierung stellte sich plötzlich ein geheimnisvoller Käufer der englischen Fonds vor, ein Mann, namens St. Didier, der die Werte, die der helvetischen Regierung nie gehört hatten, aber von ihr beansprucht waren, aufkaufen wollte. Mit den Empfehlungen Stapfers versehen, gelangte er an den Vollziehungsrat in Bern. Der helvetische Finanzminister gab in seinem Rapport den Rat, die unsicheren Guthaben ohne zu großen Schaden zu verkaufen, und verhandelte über die Bedingungen mit St. Didier. Dieser war nur ein Strohmann, „nach bestimmten Anhaltspunkten, die keinen Zweifel übrig lassen, der einfache Agent einer mächtigen Persönlichkeit, die ich nicht nennen kann, aber die aller Wahrscheinlichkeit nach große Interessen für Helvetien im Friedensschluß zwischen Frank-

[56] Eidgen. Archiv, Brief Stapfers, 7. September 1801.

reich und England zu wahren hat". [57] Der Minister wollte nur einen Teil der Fonds verkaufen, ohne ein Garantie für die Ausführbarkeit der Vertragsbestimmungen zu übernehmen. Es wurden zwei Verträge aufgesetzt: der eine über 34,000 Pfund Sterling; der andere über 66,000 Pfund Sterling, im Werte von ca. 1,038,000 Fr. resp. 1,215,000 Fr. Die beiden Verträge mit St. Didier wurden am 10. Oktober 1801 perfekt. [58] Der Verlust am Verkauf war bedeutend; die Papiere wurden zu 70 % des Nominalwertes verkauft, während die Papiere damals einen Tageskurs von 160 % hatten.

Nachdem zuerst nur der erste Vertrag unterzeichnet wurde, erhielt Stapfer auf sein Drängen hin Vollmacht, auch den im zweiten Vertrag abgemachten Verkauf zu vollziehen. „Wenn Sie glauben", schreibt der Finanzminister dazu, „daß er sich vorteilhaft auswirken kann, im allgemeinen wie im besondern, für die Anerkennung des restlichen Guthabens." [59] Der Vollziehungsrat fühlte zwar das Peinliche eines solchen Geschäftes in den letzten Tagen seiner Existenz, [60] was aber Stapfer keineswegs hinderte, weitere Verkaufsverträge mit noch höheren Summen zu empfehlen. Sowohl für die restlichen Titel wie für die Sicherheit und das Wohl Helvetiens sei es nur vorteilhaft! [61]

Als nun der Umsturz von 1801 erfolgte und Reding an die Spitze der Regierung trat, war es bedeutungsvoll, wie sich die neue Regierung gegenüber der Frage der englischen Fonds einstellen würde. Der Plan Verninacs, Dolder als gefügiges Subjekt an die Spitze der Regierung zu setzen, war zwar gescheitert; aber man hatte es nicht verhindern können, daß Dolder zum Finanzminister ge-

[57] Eidgen. Archiv, Nr. 87, Rapport von Minister Rothpletz, 23. September 1801.

[58] Bundes-Archiv, Nr. 190; vgl. Nr. 114 und Nr. 138.

[59] Id., Nr. 195.

[60] Id., Nr. 107.

[61] Id., Nr. 109, Stapfer an den Vollziehungsrat, 2. Oktober 1801.

wählt wurde, nach Renggers Zeugnis nur deshalb, um Dolder einer Betreibung zu entziehen.[62] Immerhin war nun Dolder in finanzieller Beziehung der mächtige Mann, und konnte über den Verkauf der begehrten englischen Titel verfügen. Die Verfügbarkeit, resp. der Erlös aus diesen englischen Fonds war aber eine Existenzfrage der Regierung Reding.[63] Konnte ein Teil der Titel durch die Schiebung des St. Didier'schen Vertrages Talleyrand übertragen werden, so genoß man die sichere Gunst des mächtigen Ministers; gelangte man indes mit den bernischen Patriziern zu einer Einigung über das Eigentum an diesen Papieren, so flossen vielleicht früher Mittel in die leere Staatskasse und man hatte einen wichtigen innenpolitischen Gegner weniger. In diesem Hin und Her konnte sich Dolders skrupellose Schmiegsamkeit ausgiebigst entfalten. Er stand in guten Beziehungen zu Stapfer, der ihm durch Marcel, einen hohen Beamten des Kantons Leman, das Geschäft St. Didier zugewiesen hatte. Er vernachlässigte aber ebensowenig das freundschaftliche Verhältnis mit dem Haupte der bernischen Oligarchen, Jenner. Die Berner fürchteten mit Recht, daß sie mit einer Anerkennung der helvetischen Regierung vonseiten Englands, durch Talleyrands Vermittlung, ihren Rechtsanspruch auf die in London liegenden Titel verlieren würden. Sie wollten dem dadurch zuvorkommen, daß Dolder ihnen namens der helvetischen Regierung jeden Anspruch auf diese Titel abtreten sollte.

Die Partei Talleyrands war darüber genau auf dem Laufenden. Rengger, der engste Freund Stapfers, schrieb über diese Machenschaften nach Paris: „Eben sagt mir

---

[62] Rengger an Stapfer, 17. Dezember 1801: „Jud Dreyfuß soll hier gewesen sein, um Dolder zu betreiben, was nur durch die Wahl zum Finanzminister unterblieb."

[63] Wydler II, 22. „Wie lange die Regierung aber gehen könne, wird z. T. davon abhängen, ob sie sogleich über die engl. Fonds verfügen kann", Brief Renggers.

Marcel, daß Dolder auf Verninac hoffe und Catoires Ankunft mit Sehnsucht erwarte. Halten Sie letztern zurück, soviel Sie können. Ich fürchte, die englischen Effekten müssen ihm ausgeliefert werden." [64] Verninac, der schon bei dem Umsturz das Verbindungsglied zwischen den Leuten um Dolder und dem Anhang von Jenner war, spielte mit Dolder zusammen unter einer Decke gegen die Interessen von Talleyrand. Unter diesen Umständen schien die ganze Transaktion des St. Didier'schen Vertrages gefährdet, und Talleyrand entschloß sich, seinen gewiegtesten Agenten für diese Sache in die Schweiz zu schicken.

Stapfers Bericht darüber lautet: „Nun zur Hauptsache: Vidal macht die Reise, um die Hebung der Schwierigkeiten, die sich der Erfüllung des Traktates wegen der englischen Fonds entgegensetzen, zu bewirken. Er ist Talleyrands genauer Freund und hat uns die wesentlichsten Dienste geleistet. Wenn wir nicht völlig erdrückt worden sind, so haben wir es vorzüglich seinen Bemühungen und Talleyrands Freundschaft für ihn zu verdanken. Daß diese Freundschaft nicht uneigennützig sei, brauche ich Euch wohl nicht zu sagen. Hingegen kann Ihnen nicht entgehen, daß Talleyrand einen großen Wert auf Berichtigung dieses Geschäfts und Anerkennung des Verkaufstitels in London setzt, weil er zugibt, daß Vidal nach der Schweiz reist, da er ihm doch hier in manchem Betracht beinahe täglich zu Geldsachen unentbehrlich ist. Unabhängig von der Verpflichtung, einen geschlossenen Vertrag zu halten, ist es für die gute Sache äußerst wichtig, daß Vidals Reise nicht fruchtlos ablaufe, denn was Talleyrand einzig noch für das lose Band der gegenwärtigen Zentralregierung gewinnt, ist das Interesse, das er an der Existenz und der Finanzkompetenz dieser Behörde nimmt. Er hat gewiß nur vorzüglich in der Hoffnung, dieses Geschäft zu beendigen, darauf gedrungen, daß die Majorität der Regierung aus republikanisch gesinnten Männern bestehe und wird sich in Zukunft nur insoweit für eine Beibehaltung der Zentralregierung verwenden, als Vidals Reisezweck in Erfüllung geht. Hingegen ist zu fürchten, daß er den Bernern die Vereinigung des Aargaus um ihre Einwilligung in den St. Didierschen Vertrag hingibt, wenn der kleine Rat nicht sein Möglichstes

[64] Wydler, Briefwechsel, Rengger an Stapfer, 17. Dez. 1801. — Catoire war ein Zwischenträger Verninacs.

tut, um die Anerkennung der Verkaufstitel in London zu bewirken und wenigstens guten Willen zeigt." [65]

Aber trotzdem Vidal nun in Bern die Interessen Talleyrands wahrnahm, ließen sich Dolder und Verninac von ihrer eigenen Partie nicht abbringen. Bei dem Handel mit den Bernern schaute mehr für die eigene Tasche heraus, wie es auch bei dem Kompagniegeschäft bezüglich des Fricktals der Fall war. [66] Vidal konnte über die Fonds nicht mehr mit der helvetischen Regierung verhandeln, sondern er mußte sich an die Verwaltungskammer von Bern wenden, der die Fonds von der helvetischen Regierung resp. Dolder überlassen worden waren, „zwei Tage vor unserem Eintritt in die Regierung", schreibt Rengger entrüstet. Diese Nachricht hatte in Paris eine außergewöhnliche Wirkung.

Stapfer schreibt darüber an Rengger: „Der Inhalt Ihres mir gestern von Verninac überbrachten Schreibens war so beschaffen, daß ich mich getrieben fühlte, unmittelbar zum Minister Talleyrand zu gehen und mit ihm über unsere Lage zu sprechen. Er schien über das Gesagte mehr als gewöhnlich bewegt zu sein und versprach mir, das ganze dem ersten Konsul vorzutragen. Die Art, wie er sich ausdrückte, ließ mir keinen Zweifel, daß irgend eine Maßregel erfolgen wird, wahrscheinlich die, daß Verninac Befehl erhält, auf Annahme der Konstitution vom 29. Mai zu dringen und eine Epuration vorzuschlagen." [67]

Dolders Spiel war gewonnen. Früher schon hatte Rengger seinem Freunde Stapfer besorgt geschrieben: „Ich überzeuge mich immer mehr, daß Verninac zur Umstürzung des 28. nicht die Hand geben, sondern derselben vielmehr entgegen wirken würde. Seine Aeußerungen über die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Regierung stimmen zwar ganz mit Ihren Berichten überein; aber man scheint entweder den Weg der Demissionen oder der Zusammenberufung einer neuen Tagsatzung ohne Wiedereinsetzung des Vollziehungsrates wählen zu wollen. Und da, besorge ich, wird die Sache so eingeleitet, daß Dolder nicht nur bleibt, sondern vielleicht gar an die Spitze kommt.

---

[65] Wydler II, Briefwechsel Stapfer an Rengger, S. 37, 17. Jan. 1802. (Sperrung vom Autor.)

[66] Eloge Historique de Verninac, par I. B. Dumas. Er ließ sich durch den Bevollmächtigten des Fricktals, Saarlehnder, im August 1802 48,000 Franken schenken. Vgl. auch Wydler II, S. 79.

[67] Wydler II, S. 40. 17. März 1802.

Und dies ist, nach meiner Art zu sehen, das Allerschlimmste, weil nachher kein Mittel zur Veränderung vorhanden ist. Catoire, der Dolder bei Verninac eingeführt hat, soll wieder hier das Beste tun und wird darum so sehnlichst erwartet." [68]

Jetzt, als diese Entwicklung nahezu vollendet war, kehrte sich Talleyrand von Dolder ab und bezeugte nicht mehr das geringste Interesse für eine Zentralregierung! Vorher hatte immer noch die Hoffnung bestanden, daß Dolder es vorziehen würde, mit dem vorgeschobenen St. Didier Geschäfte zu machen. Nachdem aber Dolder, dank der Unterstützung Verninacs, nahe am Ziel seiner politischen und finanziellen Wünsche stand, die diejenigen Talleyrands in jeder Beziehung durchkreuzten, war für den französischen Außenminister das Maß voll. Daß Verninac später den bernischen Gesandtschaftsposten verlassen mußte, hing eng mit seiner Verflechtung in die Affäre der englischen Fonds zusammen. Ferner mit seiner instruktionswidrigen, aber erfolgreichen Bemühung, die moralisch defekte Figur Dolders auf den Sessel des ersten Landammans zu schieben. [69]

Die Folgen dieser finanziellen Transaktionen lähmten natürlich die reguläre Regierungsarbeit und stellten der Regierung in außen- und innenpolitischer Beziehung Hindernisse in den Weg, die ohne die mitspielenden finanziellen Interessen ganz unerklärlich gewesen wären. In Hirzels Worten sah die für Reding durch die Geschäfte um St. Didier verwickelte Lage so aus, daß fast alle ihre Ungunst auf Talleyrands Konto geschrieben werden mußte:

„Daher seine Protektion für Stapfer und für die Abgetretenen, daher die Abneigung gegen Bern, weil man besorgt, man treffe dort

---

[68] Wydler II, Rengger an Stapfer, 19. Dezember 1801.

[69] Wydler II, S. 60, Stapfer an Rengger: „Folgendes ist von Wort zu Wort an einen meiner Freunde von Talleyrand am 26. Mai gesagt worden: Verninac hat im hohen Grade unpolitisch und gegen seine Instruktionen gehandelt. Er wäre auch sogleich mit Schande (ignominieusement) weggejagt worden, wenn ich nicht alle meine Kräfte aufgeboten hätte, um es zu verhindern."

Widerstand an, daher die Nichtanerkennung des Senates, den man dadurch zwingen wollte, gefällige Negoziatoren am Platze zu lassen oder hinzusenden, daher die Hoffnung der Abgetretenen und die Bewegungen, welche sie, wenn nicht direkt, doch sicher mittelbar veranlaßten, daher endlich die entraves, welche uns die Legation bei jedem Schritte in den Weg legt." [70]

Reding versuchte im März 1802 Talleyrand gegenüber einzulenken, und dem französischen Minister durch seine Bereitwilligkeit einen Dienst zu erweisen, als es schon zu spät war.

Er schrieb an Stapfer: „Mon cher ami, gleich nach meiner Ankunft in Bern gab ich mir alle Mühe, unsere Regierung in eine solche Stellung zu bringen, daß die vom vormaligen Vollziehungsrat mit St. Didier getroffene Transaktion nicht nur ratifiziert, sondern vom Haus Vaneck (einem pariser Bankier) anerkannt und bezahlt werde. Zu diesem Ende hat der kleine Rat mit der hiesigen Gemeinde- und Kantonskammer eine Konvention geschlossen, laut welcher Herr Vidal dieses Geschäft mit dem Herrn Zeerleder ganz zu seiner Zufriedenheit beendigen kann. Ich glaube hiedurch, den betreffenden Teilen einen neuen Beweis gegeben zu haben, daß ich nicht nur alles, was ich im Namen der Regierung versprochen, genau erfüllt habe, sondern hierin sogar den Wünschen der Interessierten vorgekommen bin. Nun wäre es, ich gestehe es Ihnen aufrichtig, bald Zeit, daß Talleyrand und Hauterive sich bemühten, ihren so oft in Ihrer Gegenwart gemachten Versprechen Genüge zu leisten. Lassen Sie nicht ab, beide täglich an diese feierlich gegebene Verheißung zu erinnern und sie in meinem Namen zu fragen, ob die Pünktlichkeit, mit welcher ich, gestützt auf das Ehrenwort des ersten Konsuls und seiner Minister, meine Versprechen erfüllt habe, eine solche unerhörte Behandlung verdiene. Ich verlange schlechterdings eine bestimmte Antwort, um im Falle man so treulos handeln und nichts halten wollte, mich durch Bekanntmachung der ganzen Verhandlungen in Paris nicht nur in Helvetien, sondern in ganz Europa zu rechtfertigen." [71]

Die Abtretung der englischen Fonds an die Berner Patrizier ließ sich mit Redings Anschauungen leicht vereinen. Er sympathisierte mit den patrizischen Kreisen,

[70] Oechsli, Taschenbuch 1901, S. 200.

[71] Bundesarchiv, Briefe Redings an Stapfer, 2. März 1802.

schon wegen seiner Vorliebe für Diesbach. Auch mochte er an die Erfüllung der politischen Versprechen glauben, wenn er die sprichwörtliche Habsucht Herrn von Talleyrands nicht vor den Kopf stieß. Aber die vorher erwünschte Vermittlung, um den Vertrag St. Didier zu vollziehen, kam jetzt lange zu spät. Dolder und Jenner waren hinter dem Rücken Talleyrands bereits handelseinig geworden. Redings Handlungsweise vermochte deshalb die Lage nicht mehr zu ändern.

Talleyrands hervorstechendste Eigenheit war sein Hand zur Bereicherung. Die kleine Begebenheit ist dafür sehr bezeichnend, die sich in Stapfers Gegenwart ereignete und von diesem als treffliche Anekdote erzählt wurde.[72] Jemand hatte in einer Gesellschaft den Ausspruch getan: Il n'y a que la gloire et l'argent qui comptent, worauf sich Talleyrand umwandte und kühl fragte: pourquoi la gloire?

Von dem Moment an, als Talleyrand von dem englischen Millionen-Fonds der Berner wußte,[73] konzentrierte sich sein Interesse für Schweizerangelegenheiten darauf, welchen Nutzen dieser Wertschriftenschatz für ihn selbst abwerfen könnte. Talleyrand faßte es als etwas Selbstverständliches auf, daß die Politik der Großmacht Frankreich als Mittel herhalten mußte für seine eigenen, lukrativen Privatgeschäfte. Talleyrand war hierin nicht

[72] Wydler II, vgl.

[73] Seit 1798 ist das enorme Interesse Talleyrands an diesen Millionen manifest. Nach der Ausraubung Berns marktete der hervorragend geschickte Jenner im Vertrag von Paris 1798 die Kontribution von 6 auf 4 Millionen herunter und erreichte die Rückgabe von Zinsschriften im Werte von 12 Millionen, die Frankreich nicht verwerten konnte. Dafür bezahlte er an Talleyrand durch seinen Mittelsmann St. Foy eine Million Schmiergelder. — Einen Teil der Papiere mußte Jenner der helv. Regierung ausliefern, die ihn im August 1801 zu einem Abkommen zwang, in dem sie ihm ihrerseits alle ehemaligen bernischen Obligationen verpfändete, wonach er monatlich 300,000 Fr. an sie zahlen sollte. Vgl. Landmann, 110, 118, 120.

nur ohne alle Skrupel, sondern auch so zynisch, daß er zu seiner Bedenkenlosigkeit stand. Unbekümmert gab dieser größte aller diplomatischen Händler am Ende seiner Laufbahn zu, daß er aus der Goldmine seiner Stellung ungefähr sechzig Millionen mit politischen Geschäften verdient habe.[74] Das Wort Chateaubriands, seines Feindes, enthüllt die nackte Wahrheit: Quand Monsieur de Talleyrand ne conspire pas, il trafique. — Der von Talleyrand verwendete Mittelsmann Vidal griff jedoch bezüglich des zweiten Verkaufes zu spät ein und erreichte nichts. Schnell erkaltete darauf die Anteilnahme des Auftraggebers an den schweizerischen Angelegenheiten. Zuerst war es nötig gewesen, die Umtriebe des schlauen Verninac und des wetterwendischen Dolder zu begünstigen, durch dessen Mithilfe der Vertrag mit St. Didier zustande kam. Als Talleyrands persönlicher Vorteil entschwand, ließ er den Dingen freien Lauf. Umstände zweiter Ordnung konnten deshalb einen unverhältnismäßigen Einfluß auf die Geschehnisse von 1802 ausüben, weil das Interesse des französischen Außenministers an der Regierung in Bern erloschen war.

Der Widerstand von Stapfer und Verninac.

Als Reding sein Amt als Landammann übernahm, traf er in seinem Arbeitsfeld auf die ungünstigsten Vorzeichen. Der offizielle Verkehr, den Reding mit der französischen Regierung führen mußte, einerseits durch den französischen Gesandten in Bern, anderseits durch den helvetischen Gesandten in Paris, war zum vorneherein abnormal erschwert. Beide Posten waren mit Männern besetzt, mit denen er sich weder politisch noch menschlich verstehen konnte. Beide, hier ein aufgeklärter Unitarier, dort ein gewinnsüchtiger Jakobiner, arbeiteten, entgegen ihrer Mission, auf Redings Sturz hin. — Stapfer, Gesandter in Paris, übte mit seinem hervorragenden Kopf einen be-

[74] St. Beuve, Talleyrand 93, vgl. bes. Lacour, 18. Kap.

Rengger, Kuhn u. a.[75] Anhänger jener zentralistischen herrschenden Einfluß auf die Unitarier der Schweiz, Ideen, deren Vertreter Napoleon mit dem spöttischen Namen Metaphysiker auszeichnete, genoß er doch wegen seiner hohen Bildung und Klugheit in Paris ungewöhnliches Ansehen. Bei Talleyrand in Gunst, war auch sein Wort in der helvetischen Politik von autoritativem Gewicht. Entscheidend wurde dies Gewicht im Momente, als Stapfer, vertraut mit den egoistischen Sonderabsichten Talleyrands, aus Patriotismus glaubte, diesen dienen zu sollen. Die bernischen Kreise um Reding mißtrauten Stapfer. Besonders wäre Diesbach von Carouge gerne an seinen Platz getreten. Die Ersetzung Stapfers lag auch in Redings Absicht, der fürchtete, daß Stapfer die schweizerischen Interessen in Paris nicht im Sinne seiner Regierung wahrnehmen würde. Keine unbegründete Furcht, wenn man den Briefwechsel zwischen Stapfer und Rengger durchgeht. Stapfer störte es nicht im geringsten, als Gesandter der neuen Regierung ihren Sturz in die Wege zu leiten.

Er schrieb am 6. Dezember 1801 an Rengger ganz unverblümt: „Durch Cambacérés, Fouché, Bourienne, selbst durch Talleyrand ist Bonaparte von mir über die ganze Schändlichkeit des 28. Oktobers und die Tendenz des jetzigen Senates belehrt worden. Er hat auch weder die Regierung anerkannt, noch irgend (wenigstens jetzt) den Willen, sie anzuerkennen. Wäre eine Revolution im andern Sinne gegen den 28. gemacht worden, oder käme sie noch zustande, so würde hier die Sache ungleich mehr Billigung erhalten als der 28."

Ueber Redings Reise nach Paris meint er, das einzig Gute wäre eine „neue Revolution in Redings Abwesenheit. Allein dazu seid Ihr zu moralisch, zu wenig Revolutionsmänner, zu vereinzelt und zu wenig geneigt, Euch dazu Dolders etc., kurz aller derjenigen zu bedienen, ohne welche eine solche Veränderung nicht zu Stande kommen kann. Wollt Ihr etwas versuchen, so hat Marcel Geld. Brauchts dazu. Ihr werdet Euch aber lieber, soweit ich Euch kenne, einzeln und nach und nach erwürgen lassen, als einen Versuch

[75] Stapfer, Minister der Künste und Wissenschaften, Gesandter in Paris, 1766—1840. Eine moderne Biographie fehlt leider. Vgl. Wydler, Luginbühl u. a.

machen." [76] Aus diesen und ähnlichen Worten geht hervor, daß Stapfer einer der gefährlichsten Köpfe der Einheitspartei war.

Als Stapfer Reding in Paris kennen lernte, war er es auch, der die Möglichkeiten, die Reding offen standen, wie auch die ihn bedrohenden Gefahren am sichersten und wenigsten befangen erkannte. Er schrieb nach Redings Abreise an Talleyrand, wie um zu entschuldigen, daß er Reding bei seinem Aufenthalt in Paris aufrichtig zur Seite stand: „Ich schätze Reding; aber ich halte ihn für einen ausgesprochenen Contrerevolutionär. Ich habe Reding viel vernünftiger gefunden, als ich je hoffte. Reding ist dazu gemacht, der Mann der Nation zu werden, und das Vereinigungszentrum aller Parteien. Es handelt sich nur darum, ihn einem ausschließlichen Einfluß zu entreißen, und ihn durch soviel Gefälligkeit und Verbindlichkeit zu gewinnen, als es verträglich ist mit der Pflicht und dem öffentlichen Interesse. Reding steht allen vernünftigen und versöhnlichen Ideen offen." [77] Dennoch trieb Stapfer Rengger weiter an, den Umsturz durchzuführen. Er anerkannte zwar Redings redliches Verhalten in Paris; aber die Nachrichten, die er von dem verzweifelten Rengger erhielt, bestimmten ihn, selbst die Methode für einen Umsturz vorzuschlagen. Nach ihr ist dann auch in Bern gehandelt worden. Nur die Schwäche hatte Stapfer, daß er viel zu große Duldung gegenüber Dolder übte, und dies nur, weil ihm aus der Ferne Dolder nicht so schrecklich vorkam, und er ihn trotz seiner Charakterlosigkeit für unentbehrlich hielt. [78] Vom Anfang bis zum Ende der Reding'schen Regierungszeit bildete Stapfer ein unüberwindliches Hindernis.

Aber nicht nur unfruchtbar, sondern feindlich gestaltete sich das Verhältnis mit Verninac, dem franzö-

[76] Wydler II, Stapfer an Rengger, 6. Dezember 1801.

[77] Archives Etrangères, Suisse 1802, Nr. 15, 15. Januar 1802.

[78] Wydler II, S. 64: Stapfer an Rengger: „Dolder ist im Grunde ein gutmütiger Mann, der sich an diejenigen halten wird, die allein seine Stütze sein können."

sischen Gesandten in Bern. Er und Reding waren vom ersten Moment, wo sie miteinander zu tun bekamen, geschworene, unversöhnliche Gegner durch Stand, Erziehung und Stellung. Die harte Gradheit Redings stand in schärfstem Widerspruch zu der fuchsschlauen Doppelzüngigkeit des Diplomaten, der Reding mit wahrem Haß verfolgte. Vom ersten bis zum letzten Satz der Gesandtschaftsberichte an das Ministerium des Auswärtigen findet sich nicht ein Wort einer einigermaßen richtigen Einschätzung des schweizerischen Landammanns. Alles ist nur Voreingenommenheit, Unterstellung, hetzendes Breitschlagen von Gerüchten, und eine auffallende Menge von persönlich absprechenden Urteilen.

Es begann schon damit, daß Verninac das Antrittsschreiben Redings an Bonaparte mit giftig spitzigen Bemerkungen glossierte: „Vielleicht erscheint Ihnen der Stil (des Briefes) nicht besonders gewählt. Ich habe erfahren, daß der Bürger Reding zuerst geschlossen hatte mit der Versicherung der Hochschätzung. Man gab ihm zu bedenken, daß die frühern Häupter der Regierung, so stolz sie gewesen waren, sich in ihren Schreiben an die frühere Regierung Frankreichs die „sehr ergebenen, sehr demütigen und sehr respektvollen Allierten" nannten. Er hatte Mühe, sich von seinem Protokoll der Gleichheit zu trennen und die weitern Parallelen zu unterlassen. Auch brachte er nur mit Mühe das Wort „Beschützung" zu Papier."[79]

Am 16. Januar 1802 berichtete Verninac dem Auswärtigen Ministerium, daß in der Bevölkerung der französische Verzicht auf das Wallis der Intervention von Wien und London zugeschrieben werde. Auch Hirzel sei dieser Auffassung.[80] Diesbach, der von Reding schon bestimmt zum Pariser-Gesandten in Aussicht genommen war, welcher Plan am Widerstand aller französischen Stellen scheiterte, solle nun statt dessen als Gesandter nach Wien gehen. Auch dies wollte Verninac unterbinden. Er hatte den Plan, durch die neu in die Regierung aufgenommenen Mitglieder dieser Absicht Hindernisse in den Weg zu

[79] Archives Etrangères Suisse, 1801, Nr. 90. Vc. an das Ministerium des Auswärtigen.

[80] Id., Suisse Mémoires et Documents 38—39, Nr. 17.

legen. Talleyrand war ebensosehr dagegen, „weil die Neutralität nicht von den äußern Beziehungen der Schweiz, sondern von der Intimität mit Frankreich abhänge". [81] Schon wenige Tage später wußte Verninac weitere nachteilige Dinge über Reding zu melden. Die Oligarchen sprächen sich wenig vorteilhaft über Reding aus. Sie behaupteten, daß er das gemeine Wohl seinem Ehrgeiz geopfert habe und dem Sonderinteresse der kleinen Kantone. In einer Rede im Senat, die streng hätte geheimgehalten werden sollen, habe Reding gesagt, die Umstände für die Befreiung der Schweiz seien günstig, und ein Regierungswechsel in Frankreich sei nicht ferne. [82]

Als die Gesandtschaft von Diesbach doch erfolgte, gab Verninac dafür folgende Erklärung:

„Reding wollte aus Eigenliebe einen Mann nicht ohne Posten lassen, den er in aller Form zum Minister bei der französischen Regierung ernannt hatte und der abgelehnt worden war. Zweitens hat man seine Hoffnungen gesetzt auf das zänkische Verhalten des Herrn von Cobenzl, [83] das dieser seit drei Monaten dem helvetischen Minister gegenüber an den Tag legte. Die Mission von Diesbach wurde in Paris selbst vereinbart mit Herrn von Cobenzl, der schon den Hof benachrichtigt hat. Reding handelte mit viel Ueberheblichkeit (prépotence) seit seiner Rückkehr von Paris. Diesbach reiste brüsk in dem Moment ab, als die Uebergriffe Turreaus in Bern bekannt wurden." [84] Am 10. Februar: „Das Publikum beginnt zu sagen, daß sein (Redings) Vorgehen linkisch ist und seine Politik unüberlegt. Dies bezieht sich auf die Mission von Herrn Diesbach." [85] Am 18. Februar machte Verninac Talleyrand aufmerksam auf die von Reding beanspruchten Privilegien. Er verlange die Steuerfreiheit und die alte Verfassung für die kleinen demokratischen Kantone. „Die Rückkehr der reinen Demokratie erscheint mir unvereinbar mit der öffentlichen Ruhe und der Befestigung der Zentralregierung." [86]

---

[81] Id., Nr. 45.

[82] Id., Nr. 48.

[83] Oesterreichischer Gesandte in Paris.

[84] Archives Etrangères, Suisse, Mémoires et Documents 38—39, Nr. 45.

[85] Id., Nr. 66.

[86] Id., Nr. 79.

Ausführlich berichtete Verninac Ende Februar über die durch den Verfassungsentwurf geschaffene Lage im Senat. „Anderwerth ist mit Geld gewonnen, Escher nähert sich der regierenden Meinung mit Rücksicht auf seinen Schwiegervater, von dem er ein großes Vermögen erwartet." Große Sorge mache die Absicht, die Kantonalverfassungen durch Wahlkomités festzulegen. „Das Gleichgewicht im Senat ist ganz entschieden nicht vorhanden. Zwar befinden sich im Kleinen Rat die liberalen Stimmen in der Mehrheit; aber dieser Vorteil wird aufgehoben durch ein neues Reglement. Wenn vier Mitglieder des Kleinen Rates verlangen, daß eine Vorlage vor den Senat gebracht wird, so muß dies geschehen. In dieser Lage wendet die Minorität ihre Blicke nach Frankreich." Rengger, Kuhn und Dolder würden sich wieder einigen. Umgekehrt predige die Umgebung von Reding den Haß gegen Frankreich. „Dieser Parteiführer spricht offen davon, die Franzosen aus dem Lande zu jagen. Er läßt dafür am Hof von Wien um Unterstützung nachsuchen." [87]

Wir wissen nicht, ob Verninacs verzweifelte Stimmung, daß die „patriotische" Minorität doch nicht zur Macht kommen werde, ihn zum verderblichen Vorschlag einer Teilung Helvetiens bewog. Durch einen Bericht Stapfers an Thormann hat man von diesen Absichten Kenntnis erhalten. [88] Stapfer teilte mit, daß er sich eine der letzten Depeschen Verninacs verschaffen konnte; darin komme Verninacs Ueberzeugung zum Ausdruck, daß die Schweizer nicht imstande seien, sich selbst zu regieren. Die Schweiz sei auf der untersten Stufe politischer Verkommenheit angelangt, und es gebe nun, nach den vergeblichen Versuchen, in der Schweiz eine Regierung einzurichten, kein anderes Mittel, als die Aufteilung des Landes, um ihm die Ruhe wieder zu verschaffen. Verninac schlug vor, daß

[87] Id., Nr. 100.

[88] Vgl. Strickler VII, Seite 1073, Nr. 36.

die ganze westliche Schweiz, eingeschlossen Bern, Luzern, Aargau und Basel, Frankreich überlassen würde, die Ostschweiz von Zürich an an Oesterreich fallen und Graubünden und die italienischen Untertanenländer mit der italienischen Republik vereinigt werden sollten. Einzig die kleinen Kantone sollten in den alten demokratischen Formen erhalten bleiben. Dem Vorschlag wurde von Paris aus keine Folge geben. Auch Verninac kam seinerseits nicht mehr darauf zurück.

Die Annahme der Verfassung und die Walliserfrage.

Am 8. März berichtete Verninac über die Annahme der Verfassung, daß nicht einmal das schwache Mehr zustandegekommen wäre, „wenn nicht viele Senatoren den Versicherungen Redings Glauben geschenkt hätten, daß Bonaparte die vorgenommenen Änderungen gebilligt habe". [89] Anderseits wird im gleichen Schreiben lebhaft vorgestellt, wie schwierig die Lage der Unitarier sei. Kuhn und Schmid beklagten sich im Namen von Rengger, Rüttimann und Füßli aufs heftigste, daß sie das Opfer ihrer persönlichen Prinzipien (nämlich der Einheitsidee) gebrachten hätten, um an einer wünschbaren Versöhnung mitzuwirken, aber daß nun die Grenze der Nachgiebigkeit gekommen sei. Verninac machte ihnen das Unkluge ihres Entschlusses klar. Er riet, sie sollten ihr Vertrauen wie bisher auf die französische Regierung setzen. Sie würden klug tun, abzuwarten, bis diese sie ihre Entschlüsse wissen lasse. Im gleichen Sinn verhandelte Verninac mit Dolder und Anhang.

Inzwischen hatte Talleyrand den Gesandten wissen lassen, daß die Annahme der Konstitution mit einer ge-

[89] Archives Etrangères, Suisse, Mémoires et Documents 38—39, Nr. 139.

wissen Feierlichkeit begangen werden solle. Verninac erhielt die Instruktion, eine Rede im Senat zu halten und formell die Regierung anzuerkennen.[90] Verninac erwiderte ausweichend. Es paßte nicht in seine Pläne, durch einen feierlichen Akt die Regierung zu stützen, für deren Sturz er schon alles vorbereitet hatte. Deshalb gab er nebst seinem Bedauern, daß die Depeschen sich kreuzten, der Meinung Ausdruck, daß er die Anerkennung der helvetischen Regierung nicht mit einer neuen Zeremonie verbinden wolle, „da ich keine Vollmacht zu übergeben habe".[91]

Im weitern bot sich Verninac, immer nach dem gleichen Schreiben, als Vermittler in der Walliserfrage an auf der Basis, daß das zum Bau der Straße notwendige linke Ufer an Frankreich abgetreten werde. Staatssekretär Thormann lehnte dies ab. Man müsse auf die in Paris getroffene Vereinbarung zurückkommen. Für den Bau der Straße solle Frankreich die Kosten tragen, und die Pläne dafür sollten Ingenieure beider Nationen entwerfen. Den Hinweis auf die Pariser Vereinbarung, daß die Walliser Bevölkerung sich freiwillig für Frankreich aussprechen müsse, parierte Verninac: die Walliser Delegationen, die nach Bern gekommen seien, seien auch nicht spontan erschienen, sondern auf ein Aufgebot hin. Es könne nicht in Abrede gestellt werden, daß der von der helvetischen Regierung ins Wallis geschickte Kommissar kein Anzeichen für ein sehr ehrliches Verhalten sei.

Verninac zog indes die Verhandlungen über das Wallis hinaus, weil er seine Instruktion dahin interpretierte, daß eine Regelung erst stattfinden könne „nach der feierlichen Anerkennung der Regierung, und daß dieser Zeitpunkt erst dann eingetreten ist, wenn die Verfassung praktisch im Gange ist".

---

[90] Id., Nr. 125.

[91] Id., Nr. 142.

Die Absichten der helvetischen Regierung seien nicht auf eine Abtretung des linken Rhoneufers gerichtet.[92] Man laufe mit einer Verständigung Gefahr, daß Leute die Leitung der Geschäfte übernähmen, die nicht zu den französischen Anhängern gehörten. Dann wäre die Hoffnung sehr gering, eine Abtretung des Wallis zu erreichen. „Wir werden mit unsern Absichten das Nachsehen haben."

Nach Entwicklung dieser Ansichten fragte Verninac im gleichen Schreiben an, ob er sich dennoch an die erhaltenen Instruktionen halten müsse. Auf diese Weise werde die Majorität eine Macht erlangen, die jedes Gleichgewicht zerstöre, und es werde kein Hindernis mehr für ihre Ansichten geben. Verninac unterstrich die Größe der Gefahr damit, daß im diplomatischen Komitee nur Dolder und Füßli für eine Zession des Wallis zu haben gewesen seien. „Der Widerstand kommt immer von Reding. Er meint, weder Oestereich noch England würden eine Abtretung je zugeben."

Am 20. März rapportierte Verninac an das Außenministerium über die Teilungsgerüchte der Schweiz. Die helvetische Regierung war über sie so beunruhigt, daß sie eine Proklamation erlassen wollte, von der ihr Verninac abriet. Er setzte zu seinem Bericht den spöttischen Kommentar: „Das Vergnügen, glänzende und begeisterte Phrasen zu machen und Wilhelm Tell und Winkelried zu zitieren, wird indes stärker sein."[93]

Aus all den Gesandtschaftsberichten erstattete nun Hauterive dem Ersten Konsul einen zusammenfassenden Rapport, in dem die Unzufriedenheit mit Reding scharf herausgestrichen wird:

„Nichts von dem, was man den Bürger Reding erhoffen ließ, soll gewährt werden, bis er verstanden hat, die wahre Stellung seines

[92] Archives Etrangères, Suisse, Mémoires et Documents, Nr. 152, und eine Note von Thormann an Verninac vom 7. März 1802. Sie bestätigt das Resultat der Unterredung, daß eine Abtretung des linken Rhoneufers nicht bewilligt werden könne.

[93] Arch. Etrangères, Suisse, Mémoires et Documents, Nr. 166.

Landes gegenüber Frankreich zu erkennen. Reding ist weit davon entfernt, die Meinung gerechtfertigt zu haben, die er mit seiner Treuebekundung geben wollte. Aber der schwerste seiner Irrtümer wäre derjenige, wenn er glauben würde, daß er auf dem Punkte der Entwicklung, wo man ihn hingelangen ließ, auf das Wohlwollen Frankreichs verzichten könne, daß seine persönlichen Mittel und diejenigen seiner Anhänger ihn in die Lage versetzten, ohne unsere Zustimmung sich zu behaupten und das Schicksal des Landes zu bestimmen" [94]

Der Empfang der Walliser durch die helvetische Regierung wird in dem Bericht „wenig passend" genannt und erhielt weiter die Note „ungehörige Aufführung".

Der Gesandtschaftsbericht Verninacs vom 2. April fügte neue Momente der Beunruhigung für Frankreich hinzu. [95] Die allgemeine Meinung stelle sich mehr und mehr gegen die Verfassung. Zellweger, der Freund Redings, möchte die Salzverträge mit Frankreich auflösen und günstigere mit Wien und München abschließen. Dolders Widerstand habe dies verhindert.

Allgemein werde nun eine Verfassung gemäß den Richtlinien von Malmaison auch durch die Patrioten gewünscht. Jedoch war dies nur ein Vorwand zur Einigung. Verninac schrieb selbst: „Man könnte sich leicht einigen über das Verfassungsprojekt, wenn nicht die Mehrheit des Senates aus Leuten zusammengesetzt wäre, die Hintergedanken hätten."

Im selben Schreiben wurde von Verninac ein neuerlicher Umsturz empfohlen, mit dem Beifügen: „Wenn die Regierung denkt, daß der Moment gekommen ist, um die Patrioten triumphieren zu lassen, so kann sie sich auf meine Klugheit verlassen. Es wird leicht sein, die Sache ohne Erschütterung durchzuführen und vor allem den Einfluß zu verbergen, den wir dabei haben können."

Dringender schrieb Verninac wenige Tage später, am 25. März: „Ein schneller Entscheid (wegen des Umsturzes) erscheint mir notwendig. Weder mit Vernunft noch mit Entgegenkommen könne man

[94] Id., Rapport Hauterives Nr. 181.

[95] Id., Nr. 191.

die Feinde der Republik gewinnen. Die Ankunft eines oesterreichischen Ministers würde alles schwieriger machen. Jeder Aufschub scheint gefährlich. Es bleibt deshalb nichts anderes übrig, als sich über den Widerstand wegzusetzen. Reding, der übrigens nur Halsstarrigkeit, unkluges Verhalten und Unfähigkeit gezeigt hat, sagte einigen solothurnischen Abgesandten: Es gibt Leute, die glauben, daß sie in der Majorität sind, weil sie Fremde in ihre Reihen zulassen. Nun gut, wir werden uns eine Majorität der gleichen Art verschaffen, und im übrigen kann heute nur noch ein Kampf (par des coups) entscheiden, was fortan der Wille der Mehrzahl ist." [96]

Parallel mit dem Drängen des französischen Gesandten hatten sich die Beziehungen wegen des Wallis von Tag zu Tag verschärft. Alle durch Stapfer vermittelten Protestschreiben Redings fruchteten nichts. [97] Die in Bern mit Bereitwilligkeit angehörten Klagen der Abgeordneten von 74 Wallisergemeinden schütteten in Paris nur Oel ins Feuer. Die Walliserfrage wurde die Belastungsprobe der helvetischen Regierung, die sie nicht bestand.

Zu den finanziellen Motiven Talleyrands, den persönlichen und prinzipiell politischen Meinungsunterschieden zwischen Reding einerseits und Dolder, Verninac, Stapfer anderseits, trat in der Frage des Wallis ein überragendes realpolitisches Moment hinzu mit der Stellungnahme Bonapartes. Bonapartes Ansichten über die Regierung Reding waren in diesem Augenblick rein militärpolitischer Natur. Das Wallis war für ihn die Zentralfrage, und eine Einigung in diesem Punkt sicherte das Schicksal der helvetischen Regierung endgültig. Aber alle von der helvetischen Regierung getroffenen Anstalten mußten Bonaparte in der Auffassung bestärken, daß eine Einigung unmöglich sei.

---

[96] Arch. Etrangères, Suisse, Mém. et Doc. 38—39, Nr. 194.

[97] Arch. Etrangères, Suisse, 1801, Nr. 86; Schreiben Redings an Bonaparte und Talleyrand, Stapfer an Talleyrand, Nr. 153, verlangt Antwort auf Redings Brief mit Wiederholung des Tatbestandes: Reding hatte sich ausschließlich auf das geheiligte Wort des ersten Konsuls verlassen, als man ihm anzeigte, daß der erste Konsul keine Notwendigkeit für eine Unterzeichnung der Abmachungen einsehe.

Ursprünglich hatte Bonaparte nicht daran gedacht, die Erfüllung der Reding gegebenen Versprechen zu unterlassen. Er wollte nur die Entwicklung der Lage abwarten. Auf die verschiedenen Reklamationen Redings teilte er am 25. Februar Talleyrand mit: er habe die Briefe von Reding empfangen und werde ihm schreiben. „Vorläufig muß dem Landammann, als Befriedigung des größern Teils seiner Wünsche, die Einleitung von Verhandlungen und die Anerkennung als Landammann genügen." [98] Noch war also kein Entschluß gefaßt, und alles weitere hing vom Verhalten Redings ab.

Die Instruktion des Ministeriums des Auswärtigen vom 25. Februar an Verninac lautete daher: „Was die Verhandlung über die Objekte betrifft, die zwischen Helvetien und Frankreich zur Diskussion stehen, so kann sie erst nach der feierlichen Anerkennung der helvetischen Regierung stattfinden und nicht früher, als bis die Verfassung in vollem Gange ist und das Land endgültig konstituiert. Im gegenwärtigen Zeitpunkt will Frankreich die Souveränität ausüben über das Land, welches die zum Simplon führende Straße durchzieht." [99]

Reding war ebenso sehr beunruhigt wie verärgert über die ständige Verzögerung der Pariser Abmachungen und die Drangsalierung des Wallis. Er hatte nur das mündliche Wort Bonapartes, und die Schwäche seiner Lage ließ ihn daher an der Ehrlichkeit der Pariser Erklärungen verzweifeln, umsomehr, als er in der Aufführung des Generals Turreau im Wallis bereits einen offenen Verstoß gegen jene Abmachungen erblickte. Es war aber die unglücklichste seiner Handlungen, daß er die Walliserfrage und die damit zusammenhängende Erfüllung der Bonapartischen Versprechungen nicht auf dem diplomatischen Wege über Paris, sondern indirekt zu lösen versuchte, indem er die Vermittlung einer fremden Macht anrief. Durch die Gesandtschaft von Diesbach nach Wien machte er selbst die Walliserfrage aus einem zweiseitigen Konflikt

[98] Arch. Etrangères, Suisse, Mém. et Doc. 38—39, Nr. 124.

[99] Arch. Etrangères, Mémoires et Doc., Minute d'une lettre Nr. 125.

zwischen Helvetien und Frankreich zu einem die europäische Politik berührenden Problem. Er hielt es für unmöglich, daß Oesterreich und England die Schweiz im Stiche lassen würden.[100] Aber er begnügte sich nicht bloß mit der Anknüpfung von internationalen Fäden, sondern trat mit seinem Widerstand in der Walliserfrage Bonaparte unverhüllt entgegen.

In Erinnerung an die ursprüngliche Erklärung Bonapartes, daß ihn die staatsrechtliche Verbundenheit des Wallis mit der übrigen Schweiz nicht berühre, ließ er Stapfer in Paris erklären, Bonaparte solle sich angesichts der Erklärung der Walliser Gemeinden mit einer Militärstraße durch das Wallis begnügen. Die Antwort Hauterives an den schweizerischen Gesandten wurde durch den Ersten Konsul persönlich und ausdrücklich noch verschärft: Das Wallis habe überhaupt keine Beziehungen zur Schweiz zu unterhalten.[101]

In diesen Tagen gab Bonaparte Talleyrand folgende Weisung: „Die helvetische Verfassung entfernt sich nicht viel von dem, was schicklich ist. Schreiben Sie dem Bürger Verninac, daß ich Helvetien auf seine eigene Art sich regieren lasse, da es keine französische Provinz ist, und wir seine Regierung anerkannt haben. Was mich interessiert, ist das Wallis. Schicken Sie ihm die Antwort, die Stapfer erhielt und lassen Sie ihn wissen, daß, wenn der Bürger Reding nicht zufrieden ist mit dem „Mezzo Termine", er alles verlieren wird".[102] In dieser Drohung ist die ganze Sinnesänderung Bonapartes enthalten. Sie entstand durch die bernischen Nachrichten, daß Reding nicht im Entferntesten an eine Abtretung des

[100] Lord Cornwallis unterstützte in Amiens die Forderungen Redings mit Nachdruck, aber ohne jeden Erfolg; vgl. Philippson, Friede von Amiens. Oesterreich jedoch bewahrte vorsichtige Zurückhaltung.

[101] Arch. Etrangères, Suisse, Mémoires et Documents, 38—39, Nr. 199.

[102] Strickler VII, S. 1396.

Wallis denke. Von diesem Augenblick an erschien ihm der schweizerische Landammann als unzuverlässig und gefährlich. Damit aber war auch sein Schicksal besiegelt.

Der Umsturz.

Verninac ließ sich diese Freudenbotschaft aus Paris nicht zweimal sagen. Er schrieb am 30. März an Talleyrand zurück: „Dolder, Rengger, Kuhn etc. streichen seit einigen Tagen sehr viel um mich herum. Ich habe ihnen gesagt, daß sie endlich aufhören sollten, vom Himmel eine Lösung zu erwarten, und daß es an ihnen sei, endlich einen vernünftigen Plan zu fassen und ihn mit Klugheit auszuführen. Ich werde absolut auf keinen Vorschlag eingehen." [103]

Als Reding die schroff abweisende Antwort Bonapartes in der Walliserfrage erhielt, erklärte er im Kleinen Rat, daß der Erste Konsul sein Wort gebrochen habe, und berief zum Zweck eines Protestes den Senat ein, was Verninac mit sichtlichem Vergnügen rapportierte. [104]

Diese Entwicklung genügte, um in Paris den von Verninac ersehnten Umsturz zu bewilligen. Unmittelbar nach dieser Nachricht wünschte das Ministerium von Verninac „die Entwicklung des Planes, wie man den Patrioten neuen Einfluß geben könnte". [105] Und postwendend schlug Verninac vor, daß man den Senat vertagen solle, wozu die Abwesenheit von föderativen Mitgliedern des Kleinen Rates an Ostern die günstige Gelegenheit biete. In der Zwischenzeit solle man eine Versammlung von Notabeln einberufen, die dann den neuen Wahlkörper bilden würde. [106]

Gegen diesen Plan machte Paris keine Opposition. Und da tatsächlich ein Teil der helvetischen Regierungs-

[103] Arch. Etr., Mém. et Doc., Suisse, 38—39, Nr. 208.

[104] Id., Nr. 213. Der Protest des Senates folgte am 3. April.

[105] Id., Nr. 225. Vergl. Bonapartes Weisung an Talleyrand, Strickler VII, S. 1396.

[106] Arch. Ertrang. Mém. et Doc. Suisse, 38—39, Nr. 245.

mitglieder die Unvorsichtigkeit beging, Bern in diesen kritischen Tagen zu verlassen und über Ostern nach Hause zu fahren, konnte der Plan Verninacs, unterstützt von dem aus Paris unablässig drängenden Stapfer, reibungslos durchgeführt werden. Die in Bern gebliebenen Föderalisten merkten zwar, daß der Umsturz in der Luft lag. Verninac berichtete auch von einer geheimen Sitzung der Föderalisten, wo man mit dem Plane umging, einige der hervorragendsten Mitglieder der Unitarier zu verhaften, was nur durch den Widerstand von Hirzel verhindert wurde. [107]

Nach dem Staatsstreich, der ohne alles Aufheben und ohne militärischen Aufwand vor sich ging,[108] eilte Reding sogleich von Schwyz herbei. Er hatte von Doktor Zay, dem ersten Sekretär des Landammanns, einen um Hilfe rufenden Brief von Bern erhalten, freilich zu spät, als daß Reding noch rechtzeitig in der Hauptstadt hätte eintreffen können:

„Nur zu wahrscheinlich ist es, daß jener Streich, der neulich schon seiner Ausführung nahe war, nur zu bald und glaublichen morgen in Wirklichkeit übergehen wird, indem künftigen Tags, als am Freitag, eine Sitzung des kleinen Rates angesagt ist, wiewohl keine sonstigen Geschäfte diese Zusammenberufung notwendig machen. Nicht nur meine Ueberzeugung und Gefühl, sondern der Rat der besten Freunde fordert Sie auf, unverzüglich Ihre Vaterstadt zu verlassen und in Eile nach Bern zu kommen. Glaublichen werden Sie zu spät kommen, um den Streich zu hindern, niemals aber können Sie zu früh kommen, um Ihre Ehre, die uns so nahe am Herzen liegt, zu retten. Ihre schnelle Rückreise und Ihre persönliche Gegenwart wird Ihre Feinde beschämen und im Unglück Ihre Freunde trösten, da selbe ein überzeugender Beweis ist, daß Sie weder aus Lâcheté,

[107] Id. Nr. 256 und Brief Hirzels, Oechsli, Jahrbuch 1901, S. 145.

[108] Wydler, Rengger an Stapfer, 18. April 1802. „Uebrigens war alles reif zur Veränderung. Der Senat hatte sich für eine Woche vertagt, die Hälfte der Glieder ist abwesend, Reding in Schwyz, Kuhn machte als Polizeiminister den Antrag im kleinen Rate, Hirzel, Frisching und Escher erklärten, daß sie keinen Anteil an den Beratungen mehr nehmen würden."

weder aus übel angewandter Delikatesse und viel weniger aus schlechten Absichten Ihren Standpunkt verlassen haben, sondern daß die wirklich wahre Ursache Ihrer häuslichen Geschäfte die Ursache Ihrer Entfernung auf einige Ruhetage war." [109]

Reding gab nun in Bern eine Erklärung ab, daß die Beschlüsse des Kleinen Rates ungesetzlich seien, und daß er an den Beratungen nicht mehr teilnehme. Sie wurde als Entlassung Redings von seinem Posten zur Kenntnis genommen. Zuerst zeigte er sich ruhig und resigniert. Er sagte, daß er genug regiert habe. Am Abend jedoch ließ er den neuen Landammann Rüttimann zu sich kommen und hatte einen Auftritt mit ihm, in dem er schwere Vorwürfe vorbrachte und Rüttimann zu einem Duell aufforderte. Die Sache müsse zwischen ihnen erledigt werden. [110] Unter Protest verließ Reding Bern. Mit Protestschreiben an Bonaparte und Veröffentlichung der mit ihm geführten Verhandlungen fügte sich Reding in den Umschwung der Dinge.

Nach einem kurzen Zwischenspiel mit Dolder als erstem Landammann schien noch einmal seine Zeit gekommen, als er die in Schwyz zusammengetretene Tagsatzung präsidierte und die rasch zusammengezogenen Truppen der Föderalisten das zaghafte helvetische Militär gegen den Genfersee drückten. Da gebot Bonapartes Machtwort Halt. Mit der Mediation war auch Redings eidgenössische Rolle ausgespielt. Wenn man dem Ausspruch Bonapartes, den er zu den in Paris versammelten Schweizern tat: „Ich hätte Euch gern die helvetische Regierung in den Genfersee werfen lassen, wenn Ihr nicht Diesbach nach Wien geschickt hättet", [111] glauben will, so war das Eingreifen Bonapartes letzten Endes von den durch Reding erweckten außenpolitischen Befürchtungen diktiert.

---

[109] Gander, Schwyzerchronik, Ms. 4. Band, 214, AHS 2, Stiftsarchiv Einsiedeln.

[110] Arch. Etrangères, Suisse, Mémoires et Documents, 38—39, Nr. 264; vgl. Helvetia I.

[111] Geschichtsfreund IX, 153.